

Feststellungen und Überlegungen
zu den
Personalausgaben
des Landes Sachsen-Anhalt

Stand: 01.02.2007

Axel-Frank Bachner

Wiss.-techn. Mitarbeiter
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Mitglied des Akademischen Senates
der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Mitglied im Vorstand des Allgemeinen Hauptpersonalrates
beim Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt

Mitglied im Vorstand des Landesbezirksfachbereiches
Bildung, Wissenschaft und Forschung der Länder Sachsen,
Sachsen-Anhalt und Thüringen (Gewerkschaft ver.di)

Hans-Jürgen Trapp

Referatsleiter im Kultusministerium
des Landes Sachsen-Anhalt

Mitglied im Vorstand des Allgemeinen Hauptpersonalrates
beim Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt

Mitglied im Personalrat
beim Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt

Inhalt:

1	Einführung	4
2	Die Gesamtausgaben des Landes Sachsen-Anhalt	6
3	Das Verhältnis von Personalausgaben und Bevölkerungszahlen im Vergleich mit anderen Bundesländern	11
3.1	Die Einwohnerzahlen der deutschen Bundesländer	11
3.2	Die Gesamtausgaben und die Personalausgaben sowie das Verhältnis zu den Einwohnerzahlen, Vergleich der Bundesländer	12
4	Entwicklung der Personalstellen im Landeshaushalt von Sachsen-Anhalt	15
5	Verhältnis von Personalstellen zu Bevölkerungszahlen, Vergleich mit anderen Bundesländern	17
6	Verhältnis von Personalstellen zur Fläche, Vergleich mit anderen Bundesländern	19
7	Entwicklung der Versorgungsausgaben für Beamte	21
8	Strukturdaten der Länderhaushalte	24
8.1	Personalausgabenquoten	25
8.2	Steuerdeckungsquoten	28
8.3	Investitionsquoten	30
8.4	Zinsausgabenquoten	31
9	Die Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt	33
9.1	Stellenentwicklung im Rückblick	33
9.2	Ausgaben für die Hochschulen in Sachsen-Anhalt	35
9.3	Studierende	36
9.4	Vergleich mit anderen Bundesländern	38
10	Zusammenfassung	42
	Verzeichnis der Abkürzungen	43
	Übersicht über die Tabellen	44
	Übersicht über Abbildungen	45
	Literaturverzeichnis	46
	Anlage	49

1 Einführung

In der Öffentlichkeit wird die Finanzsituation des Landes Sachsen-Anhalt - und dies auch im Vergleich zu anderen Bundesländern - als besonders prekär und dabei dramatisch dargestellt. So warnt z. B. die Mitteldeutsche Zeitung im Zusammenhang mit dem „Gutachten zur Ermittlung haushaltsrelevanter Kennziffern“ [11] vor einer Pleite, wenn das Land und die Kommunen ihr Personal nicht im großen Stil abbauen [4.9]. Dementsprechend soll das Land derzeit 18,5 % zu viel Personal haben [4.10].

Eine Verschärfung der Finanzprobleme in Sachsen-Anhalt wird z. B. in dem gewaltigen Anstieg der Pensionslasten (für Beamte und Richter) gesehen [4.11].

Die nachfolgenden Feststellungen und Überlegungen gehen auf das viel diskutierte Thema der Personalausgaben im Land Sachsen-Anhalt ein: Hat das Land wirklich zu viel Personal, zu hohe Personalausgaben, und dies auch im Vergleich mit anderen deutschen Bundesländern? Sind die Personalausgaben tatsächlich so hoch, dass über das bisher bereits erfolgte Maß hinaus weiterhin ein umfangreicher Personalabbau betrieben werden muss?

Der damalige Landtagsabgeordnete, Jens Bullerjahn (SPD), verkündete seinerzeit über die Presse folgende Auffassung: „Sachsen-Anhalt leistet sich einen zu großen Öffentlichen Dienst. Das Land müsse Personalausgaben senken“ [4.1].

In seiner neuen Funktion als Finanzminister will er nun den von ihm für unumgänglich gehaltenen Stellenabbau umsetzen. So gab er im November 2006 die „Grundlagen für ein Personalentwicklungskonzept Sachsen-Anhalt 2006 bis 2020“ bekannt [10]. Die Notwendigkeit des Stellenabbaus wird dabei mit einer langfristigen Projektion der Haushaltsentwicklung begründet. Die Einnahmen des Landes sollen bis zum Jahr 2020 von derzeit 9,9 Mrd. Euro (Haushaltsplanentwurf 2007) auf 7,8 Mrd. Euro, insbesondere durch Verminderung der Kreditaufnahme, sinken. Trotz äußerster Anstrengungen beim Stellenabbau der letzten Jahre sei keine dauerhafte Absenkung des Personalkostenniveaus gelungen, stellt der Finanzminister in der Betrachtung der Ausgangslage fest.

Auf der Grundlage von Daten ausgewählter Bundesländer leitet der Finanzminister einen Personalüberhang in Sachsen-Anhalt ab. Daher sollen in den Jahren 2007 bis 2011 jährlich 2.000 Stellen (insgesamt 10.000 Stellen) abgebaut werden [10].

Da die demografische Entwicklung weiter rückläufig sei, so die Prognose des Finanzministers, müsse der Personalumfang weiter sinken. Allein aus dieser Entwicklung wird geschlossen, dass bis 2020 rund 8.200 Stellen abgebaut werden müssten, um die im Jahr 2005 bestehende Quote von Stellen je 1.000 Einwohner konstant zu halten [10].

Somit kündigt der Finanzminister einen scharfen Sparkurs an – „Alle bisherigen Landesregierungen haben von einem harten Sparkurs gesprochen, jetzt kommt er“ [4.3]. An dessen Ende sollen nur noch die wirklich notwendigen Leistungen – der Kernbereich staatlicher Tätigkeit – gewährleistet werden können [10].

Die Verfasser verfolgen mit den vorliegenden „Feststellungen und Überlegungen“ den Zweck, die durch „die Politik“ und von der Presse aufgenommenen Zahlen und Argumente im Zusammenhang mit den Personalausgaben des Landes Sachsen-Anhalt auf ihre Richtigkeit zu überprüfen.

Auf Basis von öffentlich zugänglichen Daten soll ermittelt und schließlich nachgewiesen werden, dass ein weiterer Stellenabbau durch das Argument des Finanznotstandes objektiv nicht begründbar ist. Insbesondere ziehen die nachfolgenden „Feststellungen und Überlegungen“ in Zweifel, dass aus dem Vergleich mit den Daten anderer Bundesländer sich zwingend die Notwendigkeit eines weiteren Personalabbaus in Sachsen-Anhalt ergebe. Die nachfolgenden „Feststellungen und Überlegungen“ kommen zu dem Ergebnis, dass der Hinweis auf die vermeintlich bessere Situation in anderen Bundesländern keine Substanz hat.

Da der Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt insbesondere die Hochschulen als Sparschwerpunkte ausgemacht hat [4.5], werden diese einer gesonderten Betrachtung unterzogen (s. Ziff. 9).

2 Die Gesamtausgaben des Landes Sachsen-Anhalt

Die Darstellung der Gesamtausgaben im Landeshaushalt bietet die Möglichkeit, sich einen Überblick darüber zu verschaffen, in welchem Umfang Landesaufgaben finanziert werden.

Der Tabelle 1 ist zu entnehmen, dass die Gesamtausgaben des Landes Sachsen-Anhalt über den Betrachtungszeitraum (1993-2006) eine relative Konstanz aufweisen. So hatte das Land regelmäßig mehr als 10 Mrd. Euro pro Haushaltsjahr veranschlagt. Wenn man bedenkt, dass es z. B. Steigerungen bei der Preisentwicklung und allgemeine Verbesserungen bei Vergütungen und Gehältern gegeben hat, ist die Schlussfolgerung erlaubt, dass diese Konstanz durch erhebliche Einsparungen an anderer Stelle (z. B. Personalabbau, Tarifverträge mit abgesenkten Vergütungen, z. B. Beschäftigungssicherungstarifvertrag ‚2004-2009‘ für das Personal in der Landesverwaltung) erreicht worden ist.

Tabelle 1:

Die Gesamtausgaben des Landes
Sachsen-Anhalt für die Jahre 1993 bis 2006
[3.11]

Jahr	Gesamtausgaben (in €)
1993	9.521.437.190
1994	10.352.509.216
1995 ^{*1)}	10.393.000.000
1996	10.367.199.603
1997	10.686.117.914
1998	10.541.836.969
1999	10.528.253.375
2000	10.624.879.923
2001	10.363.262.700
2002	10.572.994.000
2003	10.746.072.000
2004	10.768.612.300
2005	10.160.636.500
2006	9.933.674.500
2006 ^{*2)}	10.087.585.600
^{*1)} aus LZB, Jahresberichte 1993-2000	
^{*2)} Nachtragshaushalt	
(die Jahre 1990 - 1992 wurden wegen der schwierigen Vergleichbarkeit der Anfangsjahre nicht ausgenommen)	

Der Landeshaushalt gliedert sich in eine Einnahme- und eine Ausgabenseite. Diese wiederum werden nach so genannten Hauptgruppen unterschieden.

Die Ausgaben werden nach der

- Hauptgruppe 4 Personalausgaben,
- Hauptgruppe 5 Sachausgaben und Schuldendienst,
- Hauptgruppe 6 konsumtive (Übertragungs-) Ausgaben,
- Hauptgruppe 7 Bauausgaben,
- Hauptgruppe 8 Investitionsausgaben und
- Hauptgruppe 9 besondere Finanzierungsausgaben unterteilt.

Bei den Einnahmen gibt es die

- Hauptgruppe 0 Steuern und Abgaben,
- Hauptgruppe 1 Eigene Einnahmen,
- Hauptgruppe 2 Einnahmen von Dritten / konsumtiv und
- Hauptgruppe 3 Einnahmen von Dritten / investiv und Kredite.

Neben der Betrachtung der Gesamtausgaben, also der Ausgabenseite, stellt sich die Frage, wie sich die Einnahmen in den kommenden Jahren und dann bis 2020 entwickeln werden? Um sich darüber einen Überblick zu verschaffen, zeigen die nachstehenden Ausführungen die Entwicklungsprognosen zu den einzelnen Einnahme- und Ausgabeblöcken des Landeshaushaltes auf.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung [7] bleiben die Einnahmen des Landes Sachsen-Anhalt bis 2010 relativ gleich (Tab. 2).

Auf der Einnahmenseite kann festgestellt werden, dass z. B. die prognostizierten Steuereinnahmen den Rückgang der Mittel aus dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen kompensieren werden.

Tabelle 2: Wesentliche Einnahmeblöcke (in Mrd. Euro) zum Landeshaushalt Sachsen-Anhalt entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung [7]

	Ist	Entwurf Nachtrag	Haushalts- planentwurf	Finanzplanung		
	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen	2,497	2,506	2,429	2,416	2,318	2,216
Veränderung in Prozent		+0,4	-3,1	-0,5	-4,0	-4,4
Steuereinnahmen	4,240	4,561	4,650	4,729	4,837	4,950
Veränderung in Prozent		+7,6	+2,0	+1,7	+2,3	+2,3
Sonstige Einnahmen	2,284	2,007	2,065	1,840	1,705	1,828
Summe	9,021	9,074	9,144	8,985	8,860	8,994

Bis 2020 geht der Finanzminister Sachsen-Anhalts von sinkenden Einnahmen auf 7,978 Mrd. Euro aus [10]. Einerseits sinken die Mittel aus dem Solidarpakt II kontinuierlich und fallen ab 2020 weg. Andererseits wird die Kreditaufnahme jährlich gesenkt, bis auf ihren völligen Verzicht im Jahr 2010. Ab dem Jahr 2011 sollen in steigenden Beträgen die Schulden des Landes getilgt werden.

Nach der „Projektion der Haushaltsentwicklung bis 2020“ werden die Ausgaben im Jahr 2020 mit 8,284 Mrd. Euro veranschlagt (Tab. 3). Da die voraussichtlichen Einnahmen nur 7,978 Mrd. Euro betragen sollen, entsteht aus der Differenz ein so genannter „Handlungsbedarf“ [8].

Wenn, wie in Tabelle 3 ausgewiesen, die Personalausgaben bis zum Jahr 2020 relativ konstant bleiben würden, nähme ihr Anteil an den Gesamtausgaben zu. Im Jahr 2020 würde dieser 29,6 % bzw. 31,5 % (nach Umsetzung des „Handlungsbedarfs“) betragen, vorausgesetzt, dass die Kürzung, die sich aus dem „Handlungsbedarf“ ergibt, nicht bei den Personalausgaben realisiert werden würde.

Tabelle 3: Entwicklung der Ausgaben des Landes Sachsen-Anhalt [8]

	Entwurf Nachtrag	Entwurf								
	2006	2007	2008	2009	2010	2012	2014	2016	2018	2020
Personal-Ausgaben (Mrd. €)	2,335	2,269	2,312	2,345	2,489	2,469	2,456	2,448	2,448	2,451
Gesamt-Ausgaben (Mrd. €)	10,027	9,913	9,548	9,213	9,009	9,486	9,136	8,748	8,516	8,284
Ausgaben ^{*1)} (Mrd. €)	10,027	9,913	9,548	9,213	9,009	8,446	8,182	8,036	8,019	7,778
Anteil ^{*2)} Personal- ausgaben an den Gesamtausgaben (%)	23,3	22,9	24,2	25,5	27,6	26,0	26,9	28,0	28,7	29,6
	23,3	22,9	24,2	25,5	27,6	29,2	30,0	30,5	30,5	31,5

^{*1)} Ausgaben nach Umsetzung des Handlungsbedarfs

^{*2)} oben bezogen auf die Gesamtausgaben, unten bezogen auf die Ausgaben nach Umsetzung des Handlungsbedarfs

Der Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt sieht offensichtlich in der Senkung der Personalausgaben den Handlungsbedarf. Dies legen folgende Äußerungen nahe: „Der Stellenabbau sei nötig. Das Land hat 2020 rund 2,2 Milliarden Euro weniger zur Verfügung. Die

Personalkosten sind mit 2,4 Milliarden Euro der größte Einzelposten. Wir haben eindeutig zu viel Personal“ [4.4].

Nun sollte man sich aber Folgendes vor Augen halten: Bei gleich bleibenden Personalausgaben bis zum Jahr 2020 würden diese nur einen Anteil von 31,5 v. H. am Gesamthaushalt erreichen. Dies bliebe noch immer erheblich unter dem Niveau der alten Bundesländer. Der Anteil der Personalausgaben beträgt in diesen Ländern bereits heute (2006) durchschnittlich 40 v. H. (Tab. 14)! Wenn man davon ausgeht, dass spätestens ab dem Jahr 2010 das „Lohnniveau“ zwischen alten und neuen Bundesländern angeglichen ist und die Sondertarifverträge, die im Land Sachsen-Anhalt z. Zt. noch gelten (z. B. Beschäftigungssicherungstarifvertrag für das Landespersonal), auslaufen, käme es bei gleich bleibendem Bestand an Personalumfang im Jahr 2020 nur zu einem Personalausgabenanteil von ca. 36 v. H. am Landeshaushalt. Auch dieser Anteil gibt keinen Anlass, von einer besorgniserregenden Entwicklung zu sprechen.

Ab dem Haushaltsjahr 2020 ist davon auszugehen, dass das Land Sachsen-Anhalt einen in jeder Hinsicht vergleichbaren Haushalt mit den anderen, insbesondere den alten Bundesländern hat. Bis zu Haushaltsjahr 2020 müssten die bisher überdurchschnittlich hohen Investitionsausgaben auf das Niveau vergleichbarer Bundesländer sinken. Die Personalausgaben würden sich mit ihrem Anteil am Landeshaushalt auf das Niveau der alten Bundesländer einpendeln.

In diesem Zusammenhang soll auch die Frage geklärt werden, wie sich die Höhe der Gesamtausgaben des Landes Sachsen-Anhalt gegenüber anderen Bundesländern einordnen. Hierzu sind die erforderlichen Daten der Bundesländer den jeweiligen Haushaltplänen entnommen worden. Aus der Grafik in Abbildung 1 (auch Tabelle 4) können diese Daten für das Jahr 2006 abgelesen werden. Die jeweiligen Gesamtausgaben wurden mit den Einwohnerzahlen ins Verhältnis gesetzt.

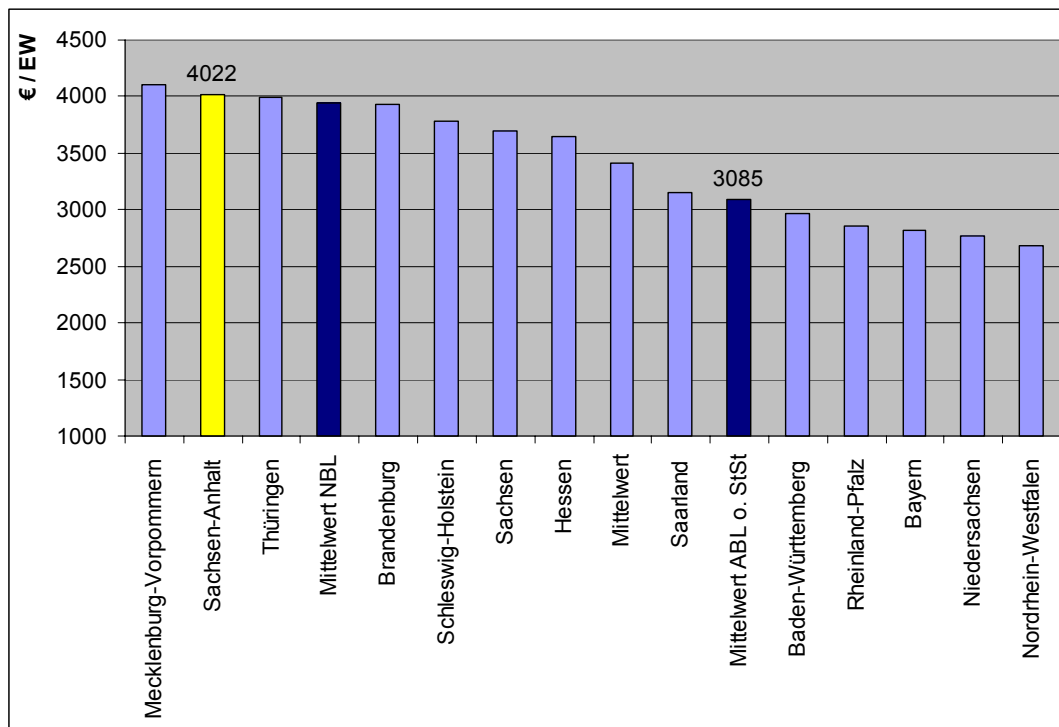


Abb. 1: Gesamtausgaben je Einwohner 2006 nach Bundesländern (Flächenländer) [3]

Tabelle 4 zeigt das Verhältnis der jeweiligen Gesamtausgaben der Bundesländer je Einwohner in Zahlen. Im Jahr 2006 gaben die neuen Bundesländer 3.948 Euro je Einwohner aus. Im Vergleich dazu betrugen die Ausgaben der alten Bundesländer 3.085 Euro je Einwohner.

Im Durchschnitt gaben die neuen Bundesländer gegenüber den alten Bundesländern im Haushaltsjahr 2006 ca. 28 v. H. mehr je Einwohner aus. Diese „Mehrausgaben“ können jedoch nicht verwundern, da sie sich aus der erhöhten Investitionsausgabenquote in den neuen Bundesländern ergeben.

Den Mehrausgaben stehen nämlich auch höhere Einnahmen gegenüber. Zum Beispiel erhalten die neuen Bundesländer Solidarpaktmittel, welche dazu dienen, zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse an das Niveau der alten Bundesländer zu gelangen. Allein die Einnahmen für „teilungsbedingte Lasten“ sind im Jahr 2006 (im Landeshaushalt Sachsen-Anhalt) mit 1,649 Mrd. Euro ausgewiesen [8]. Damit gehen diese Einnahmen mit 17,8 % in die Gesamteinnahmen des Landes ein. Diese Mittel wird es ab dem Haushaltsjahr 2020 nicht mehr geben.

Tabelle 4: Verhältnis der Gesamtausgaben der Bundesländer (Flächenländer) zu den Einwohnerzahlen [3]

Bundesland	Einwohner ^{*1} 2005	Gesamthaushalt ^{*2}	
		2006 Mrd. €	je EW €
Nordrhein-Westfalen	18.058.000	48,4275	2682
Bayern	12.469.000	35,1419	2818
Baden-Württemberg	10.736.000	31,8063	2963
Niedersachsen	7.994.000	22,1731	2774
Hessen	6.092.000	22,2252	3648
Sachsen	4.274.000	15,7752	3691
Rheinland-Pfalz	4.059.000	11,5785	2853
Schleswig-Holstein	2.833.000	10,7334	3789
Brandenburg	2.559.000	10,0473	3926
Sachsen-Anhalt	2.470.000	9,9337	4022
Thüringen	2.335.000	9,3252	3994
Mecklenburg-Vorpommern	1.707.000	7,0132	4109
Saarland	1.050.000	3,3098	3152
Mittelwert			3417
Mittelwert NBL			3948
Mittelwert ABL o. StSt			3085
wenn ABL=100, dann NBL (%)			128

Quellen: *1) Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 30.11.2006

*2) Haushaltspläne der Bundesländer

Ein Vergleich der Ausgaben der Bundesländer im Verhältnis zu ihrer Fläche (Tabelle 5) führt zu einem anderen Ergebnis, als wenn es zu einer Verhältnisrechnung der Ausgaben zu der Einwohnerzahl kommt.

Allerdings ist die gewonnene Erkenntnis ohne Hinzuziehung der Bevölkerungszahl weniger bedeutungsvoll. So gibt es zwar nachweislich Mehrausgaben in einzelnen Bereichen für Länder mit niedriger Bevölkerungsdichte, diese werden aber meist durch andere dafür geringere Ausgaben kompensiert. Insgesamt gesehen lässt sich somit ein genereller Mehr- oder Minderbedarf aus der Besiedelungsdichte nicht ableiten [16].

Dennoch müssen landesspezifische Strukturen und Entwicklungsschwerpunkte von Sachsen-Anhalt konzeptionelle Berücksichtigung bei der künftigen Personalausstattung der Landesverwaltung finden. Dabei kann die Hinzuziehung der Kennzahl - Ausgaben eines Landes im Bezug zur Fläche – als Teil der Gesamtbetrachtung durchaus von Bedeutung sein. Dies wird beispielsweise bei der Personalentwicklung der Polizei deutlich [17].

Tabelle 5: Verhältnis der Gesamtausgaben der Bundesländer (Flächenländer) zur Fläche (Ausgaben je km²) [3]
Quelle: Flächen - Statistisches Bundesamt (Stand 31.12.2005)

Bundesland	Fläche in km ²	2006 Mrd. €	Ausgaben € / km ²
Nordrhein-Westfalen	34.082,76	48,4275	1.420.881
Saarland	2.568,53	3,3098	1.288.609
Hessen	21.114,88	22,2252	1.052.586
Baden-Württemberg	35.751,64	31,8063	889.644
Sachsen	18.413,29	15,7752	856.729
Schleswig-Holstein	15.762,90	10,7334	680.927
Rheinland-Pfalz	19.846,91	11,5785	583.390
Thüringen	16.172,21	9,3252	576.618
Bayern	70.549,32	35,1419	498.118
Sachsen-Anhalt	20.444,72	9,9337	485.879
Niedersachsen	47.617,90	22,1731	465.646
Brandenburg	29.476,67	10,0473	340.856
Mecklenburg-Vorpommern	23.173,46	7,0132	302.641

Ein Vergleich der Daten aus den Tabellen 4 und 5 zeigt, zu welchen unterschiedlichen Ergebnissen man kommen kann, wenn sich eine Kennziffer ändert. Derart unterschiedliche Daten zwingen dazu, Vergleiche mit anderen Bundesländern auf eine breite Datenbasis zu stellen, bevor haushaltspolitische Schlussfolgerungen gezogen werden.

Während Sachsen-Anhalt (2006) bei den Ausgaben je Einwohner zu den Ländern mit den vermeintlich höchsten Ausgaben gehört, verliert sich dieser Rang bei der Betrachtung im Bezug auf die Fläche deutlich.

Am Ende dieses Abschnittes soll zu folgender Behauptung von Politikern alter Bundesländer, die in die öffentliche Debatte eingeführt worden ist, Stellung bezogen werden: „Die Ostdeutschen sollten die Solidarpaktmittel dafür nutzen, wirtschaftlich voranzukommen, anstatt zu viel Personal zu bezahlen“ [4.6].

Die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit werden zeigen, dass die Personalausgaben von Sachsen-Anhalt nach Heranziehung von Vergleichsdaten anderer Bundesländer nicht nur nicht zu hoch sind, sondern dass sie zu den niedrigsten in der Bundesrepublik Deutschland gehören.

Im Vorgriff auf die folgenden Abschnitte kann bereits nachstehende These aufgestellt werden:

Wenn die Solidarpaktmittel nicht für erhöhte Personalausgaben aufgebracht werden, kann damit auch kein Zwang zum Stellenabbau begründet werden.

Die Verfasser sehen den Beweis als erbracht, wenn:

- die Personalausgaben je Einwohner,
- die Personalausgaben je km²,
- die Personalstellen je Einwohner,
- die Personalstellen je km² und
- die Personalausgabenquoten (Anteil der Personalausgaben am Gesamthaushalt)

unterhalb des Mittelwertes aller Bundesländer, der alten- und der neuen Bundesländer, liegen.

3 Das Verhältnis von Personalausgaben und Bevölkerungszahlen im Vergleich mit anderen Bundesländern

3.1 Die Einwohnerzahlen der deutschen Bundesländer

Die Einwohnerzahlen gelten als wesentliche Kennzahl bei Vergleichen zwischen den Bundesländern.

In Tabelle 6 sind die Einwohnerzahlen der letzten amtlichen Erfassung aufgenommen. Für das Jahr 2006 lagen noch keine Daten vor. Damit sind die Zahlen von 2004 / 2005 Grundlage amtlicher Berechnungen.

Tabelle 6: Die Einwohnerzahlen der Bundesländer

Bundesland	Einwohner*1	
	2004	2005
Nordrhein-Westfalen	18.075.352	18.058.000
Bayern	12.443.893	12.469.000
Baden-Württemberg	10.717.419	10.736.000
Niedersachsen	8.000.909	7.994.000
Hessen	6.097.765	6.092.000
Sachsen	4.296.284	4.274.000
Rheinland-Pfalz	4.061.105	4.059.000
<i>Berlin</i>	<i>3.387.828</i>	<i>3.395.000</i>
Schleswig-Holstein	2.828.760	2.833.000
Brandenburg	2.567.704	2.559.000
Sachsen-Anhalt	2.494.437	2.470.000
Thüringen	2.355.280	2.335.000
<i>Hamburg</i>	<i>1.734.830</i>	<i>1.744.000</i>
Mecklenburg-Vorpommern	1.719.653	1.707.000
Saarland	1.056.417	1.050.000
<i>Bremen</i>	<i>663.213</i>	<i>663.000</i>

Quellen: *1) Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 30.11.2006
(2004 letzte amtliche Erfassung, 2005 Schätzung)

Einen prognostizierten erheblichen Rückgang der Bevölkerungszahlen wollen die Verfasser in ihren Berechnungen nicht ausweisen, selbst wenn das Finanzministerium des Landes Sachsen-Anhalt von folgenden Überlegungen ausgeht: „Auch im Jahr 2011 wird ein Vergleich mit anderen Ländern ergeben, dass Sachsen-Anhalt seinen Stellenbestand anpassen muss. Zurückzuführen ist dies zu einem nicht unerheblichen Teil auf den Bevölkerungsrückgang“ [10].

Der von einigen Landespolitikern prognostizierte Bevölkerungsrückgang ist bei Fachleuten längst umstritten. Schon der damalige Wirtschaftsminister des Landes Sachsen-Anhalt, Horst Rehberger, widersprach negativen Prognosen bei der Bevölkerungsentwicklung, Rehberger sagt mehr Einwohner voraus [4.7].

Auch nach Ansicht des Statistischen Landesamtes schwindet Sachsen-Anhalts Bevölkerung offenbar nicht so stark, wie bislang vorhergesagt [4.8].

In der Summe ist es sehr zu hinterfragen, ob ein eventueller Bevölkerungsrückgang zwangsläufig zu Personalreduzierungen führen muss. Jedenfalls gibt es keine wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse, die dies belegen würden [6].

3.2 Die Gesamtausgaben und die Personalausgaben sowie das Verhältnis zu den Einwohnerzahlen, Vergleich der Bundesländer

In Abb. 2 werden die Gesamtausgaben der Bundesländer den Aufwendungen für das Personal gegenübergestellt. Die Höhe der Gesamtausgaben wurde bereits unter dem Abschnitt 2 einer Betrachtung unterzogen. Die Gesamtausgaben der Bundesländer differieren sehr stark. Sie stehen mit der Fläche und den Bevölkerungszahlen in Beziehung. So hat Nordrhein-Westfalen gegenüber Sachsen-Anhalt einen fünffach höheren Gesamthaushalt, obwohl Nordrhein-Westfalen gegenüber Sachsen-Anhalt nur ca. eineinhalb mal größer ist.

Die Personalausgaben nehmen einen großen Teil der Gesamtausgaben ein.

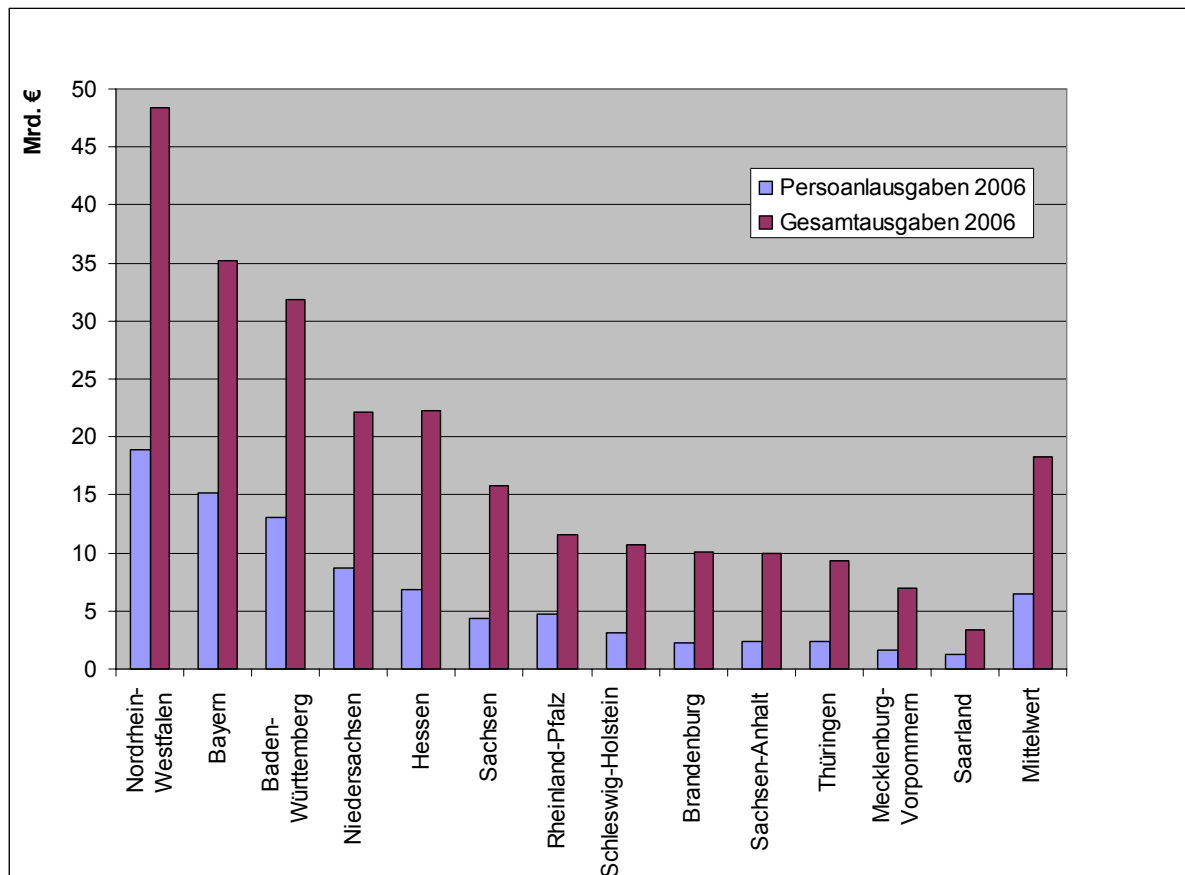


Abb. 2: Gesamtausgaben und Personalausgaben der Bundesländer (Flächenländer) 2006 in Mrd. € [3]

Unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahlen können die Personalausgaben je Einwohner ermittelt werden. Aus Tabelle 7 ist zu entnehmen, dass die Personalausgaben in den neuen Bundesländern mit 954 € / je EW erheblich niedriger als in den alten Bundesländern (1.143 € je EW) sind. Sachsen-Anhalts Personalausgaben je Einwohner bewegen sich im Durchschnitt der neuen Bundesländer. Auffällig sind die Länder Brandenburg (mit 868 € je EW die niedrigsten Ausgaben) und Bayern sowie Baden-Württemberg (mit 1213 € je EW die höchsten Ausgaben). Der Vergleich zwischen den Mittelwerten der Jahre 2005 und 2006 zeigt, dass die Personalausgaben in den alten Bundesländern gestiegen sind, während sie in den neuen Bundesländern abgenommen haben.

Tabelle 7: Personalausgaben der Bundesländer (Flächenländer) in Relation zu den Bevölkerungszahlen (eigene Berechnungen nach [3], vgl. Abb.3)

	Einwohner	Personalausgaben (Mrd. €)		Gesamthaushalt (Mrd. €)		Personalausgaben je EW (€)	
	2005	2005	2006	2005	2006	2005	2006
Nordrhein-Westfalen	18.058.000	18,6124	18,8444	50,7240	48,4275	1031	1044
Bayern	12.469.000	14,8533	15,1270	34,6460	35,1419	1191	1213
Baden-Württemberg	10.736.000	12,7362	13,0262	30,8176	31,8063	1186	1213
Niedersachsen	7.994.000	8,3773	8,6822	21,6599	22,1731	1048	1086
Hessen	6.092.000	6,8286	6,8682	21,0825	22,2252	1121	1127
Sachsen	4.274.000	4,1635	4,3099	15,6997	15,7752	974	1008
Rheinland-Pfalz	4.059.000	4,7128	4,7753	11,4813	11,5785	1161	1176
Schleswig-Holstein	2.833.000	3,0598	3,1347	10,9720	10,7334	1080	1106
Brandenburg	2.559.000	2,1794	2,2216	9,9813	10,0473	852	868
Sachsen-Anhalt	2.470.000	2,3558	2,3628	10,1606	9,9337	954	957
Thüringen	2.335.000	2,4052	2,3877	9,3748	9,3252	1030	1023
Mecklenburg-Vorpommern	1.707.000	1,8333	1,6192	7,1232	7,0132	1074	949
Saarland	1.050.000	1,2692	1,2452	3,3061	3,3098	1209	1186
Mittelwert alle BL						1070	1074
Mittelwert ABL						1128	1143
Mittelwert NBL						970	954

Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt will schnellstmöglich die Personalausgaben an die vergleichbaren finanzschwachen Flächenländer West anpassen. Dabei geht der Finanzminister in der entsprechenden Planung für das Jahr 2005 von folgenden Basisdaten aus: die Personalausgaben für aktives Personal in Sachsen-Anhalt (ohne Berücksichtigung der einmaligen Auszahlung der Lehrerarbeitszeitkonten) lagen bei 917 EUR je Einwohner. Für die finanzschwachen Flächenländer West errechnete der Finanzminister dagegen nur 859 EUR je Einwohner [7].

Nach Tabelle 7 sind weder die zugrunde gelegten Ausgaben von 917 Euro je Einwohner für Sachsen-Anhalt noch die Ausgaben von 859 Euro für finanzschwache Flächenländer West belegbar. Als finanzschwache Länder West werden die Länder Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Saarland und Niedersachsen angesehen [10]. Der Mittelwert (2005) für diese Länder beträgt tatsächlich 1.124 Euro je Einwohner. Auf der Grundlage dieser Daten können nicht die Schlüsse gezogen werden, die der Finanzminister gezogen hat.

Die Stadtstaaten wurden wegen der schwierigen Vergleichbarkeit mit Flächenstaaten nicht in die Betrachtung einbezogen. Berlins Gesamtausgaben beispielsweise liegen mit ca. 5.985 Euro je Einwohner weit über denen der Flächenländer. Im Jahr 2006 beliefen sich die Ausgaben für das Personal bei 1.868 Euro je Einwohner. Auch hier sind die Ausgaben erheblich über denen der Flächenländer [3.8].

Die Personalausgaben in allen Bundesländern korrelieren mit der Bevölkerungszahl. Auf Grund der Daten in Tabelle 7 kann man bei den Personalausgaben der Länder von einem Verhältnis von ungefähr von 1.000 € je Einwohner ausgehen.

Sachsen-Anhalt gehört zu den drei Bundesländern, bei denen die Personalausgaben je Einwohner weniger als 1.000 Euro betragen.

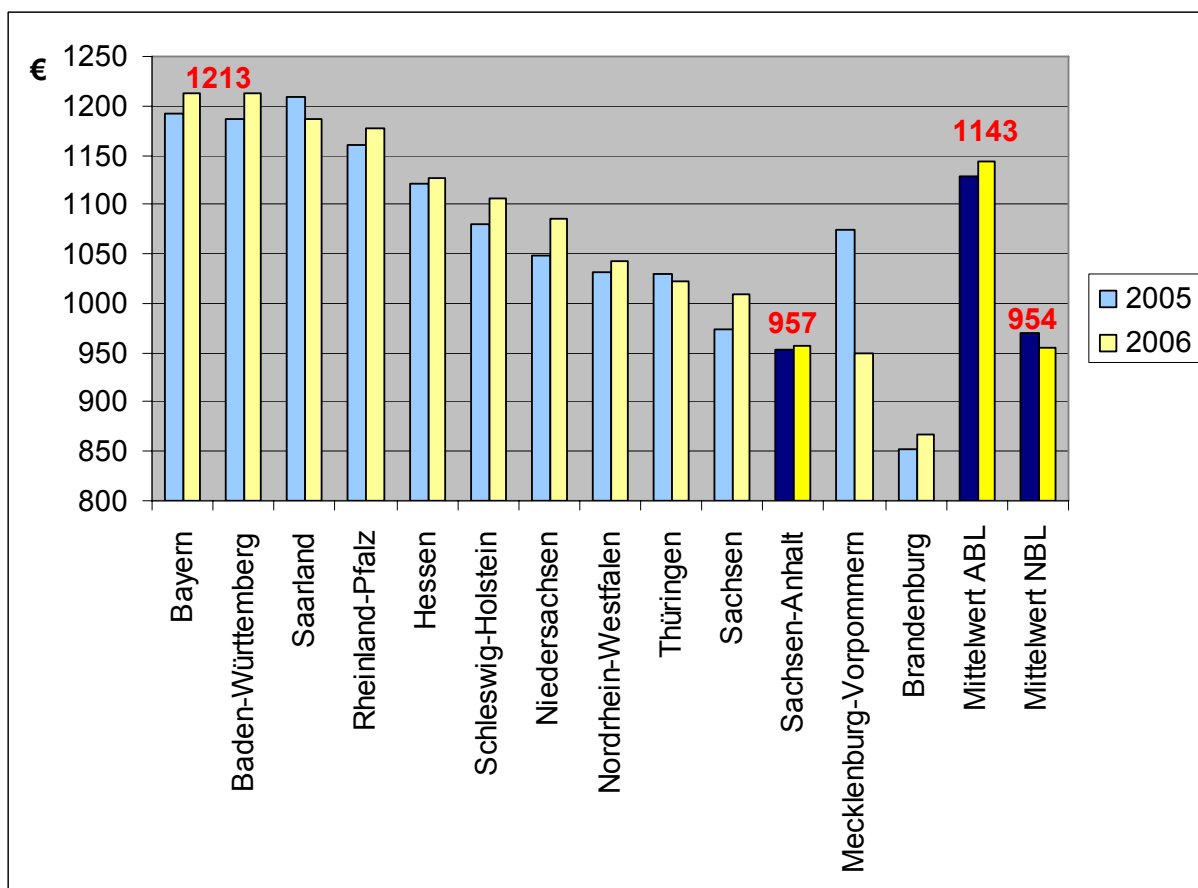


Abb. 3: Personalausgaben je Einwohner in den Flächenländern für die Jahre 2005 und 2006 [3] (grafische Darstellung zu Tab. 7)

4 Entwicklung der Personalstellen im Landeshaushalt von Sachsen-Anhalt

Die neuen Bundesländer haben in den vergangenen 15 Jahren einen erheblichen Stellen- und Personalabbau im Öffentlichen Dienst betrieben (Abb. 4). In Sachsen-Anhalt wurde die Zahl der Stellen von 109.565 bis auf 62.030 reduziert (Planpersonal, Titelgruppen, § 26 LHO-Betriebe, Globalhaushalte im Haushaltsplanentwurf 2007) [10].

Der Abbau von 47.535 Stellen entspricht einer jährlichen Reduzierung im Umfang von 2.971 Personalstellen (1992-2007).

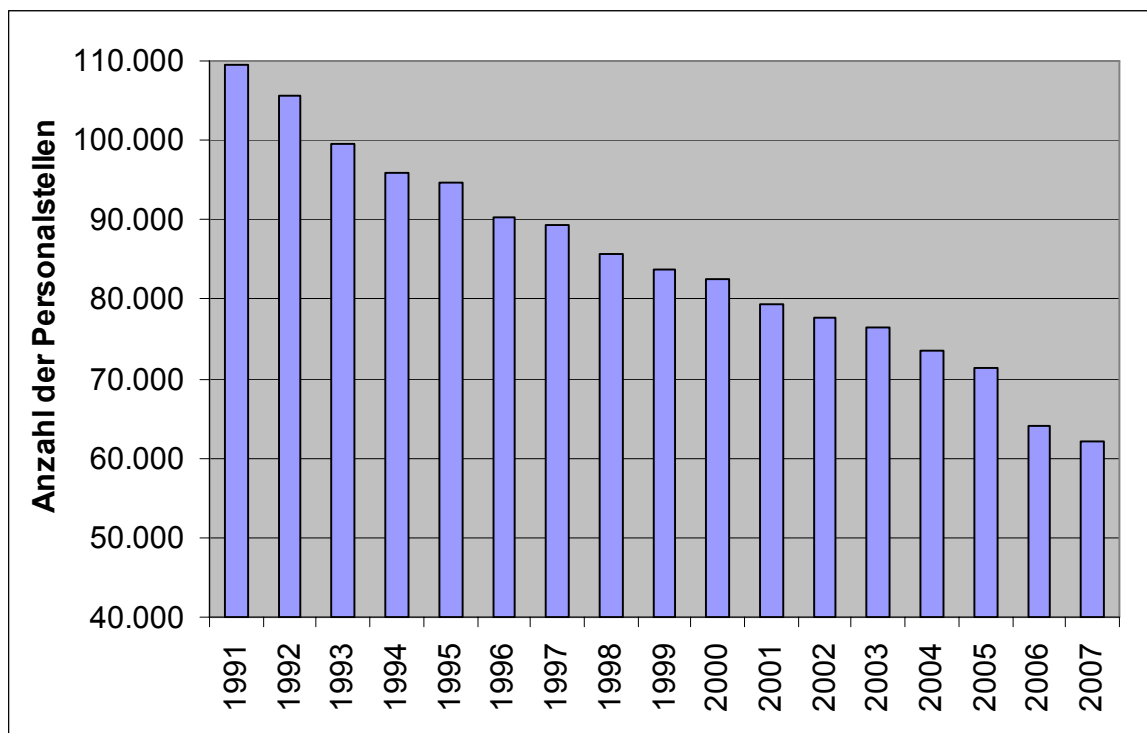


Abb. 4: Entwicklung der Anzahl der Personalstellen im Land Sachsen-Anhalt (inklusive LHO-Betriebe, Wirtschaftspläne und Titelgruppen) [10]

Tabelle 8 beinhaltet die in Abb. 4 verwandten Zahlen:

Tabelle 8: Stellenabbau 1991 – 2007 in LSA [10]

Jahr	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Stellen gesamt	109.565	105.655	99.528	95.915	94.705	90.244	89.344	85.583	83.737
Stellenabbau		-3.910	-6.127	-3.613	-1.210	-4.461	-900	-3.761	-1.846

Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	
Stellen gesamt	82.495	79.323	77.730	76.506	73.564	71.274	63.974	62.030	
Stellenabbau	-1.242	-3.172	-1.593	-1.224	-2.942	-2.290	-7.300	-1.944	

Die in Tabelle 8 enthaltenen Zahlen zeigen extreme Schwankungen beim jährlichen Stellenabbau. Besonders auffällig sind die Jahre 1993 und 2006.

Laut einer Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage im Landtag stellt sich die tatsächliche und geplante Entwicklung des Personals im Landeshaushalt von 2001 bis 2006 wie folgt dar [9]:

Tabelle 9: Stellenabbau 2001 – 2006 in LSA [9]

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Planpersonal	70.209	68.368	59.039	55.745	51.432	50.078
Titelgruppen	2.640	1.964	7.571	7.631	6.448	6.162
Wirtschaftspläne der Landesbetriebe	6.474	7.398	9.896	10.188	8.036	7.734
Gesamt	79.323	77.730	76.506	73.564	65.916	63.974

Im Gegensatz zu den Zahlenangaben in Tabelle 8, in der nur die Gesamtzahlen der Stellen ausgewiesen sind, zeigt Tabelle 9 eine Unterteilung in Titelgruppen und Wirtschaftspläne, neben dem tatsächlichen Planpersonal. Auf die abweichende Darstellung der Gesamtstellen für das Jahr 2005 wird hingewiesen, ohne dass hier die Gründe dafür genannt werden können.

Für das Jahr 2006 sind beispielsweise 6.162 Stellen in so genannten Titelgruppen angegeben, welche sich hauptsächlich durch die Stellen, die in der Titelgruppe 96 ausgebracht worden sind, ergeben. In dieser Titelgruppe 96 werden so genannte Überhangstellen nachgewiesen, deren Abbau bereits beschlossen ist. Im haushaltsrechtlichen Normalfall werden derartige Stellen nicht gesondert im Haushalt ausgebracht, sondern im Rahmen des Stellensolls mit dem Haushaltsvermerk „kw“ (künftig wegfallend) gekennzeichnet. Warum das Land sich dafür entschieden hat, diese Stellen gesondert auszuweisen, entzieht sich der Kenntnis der Verfasser.

Stellen in Einrichtungen, deren Finanzbedarf in Wirtschaftsplänen ausgebracht wurde, sind in den Stellenplänen bzw. Bedarfsnachweisen nicht angegeben. Diese Einrichtungen erhalten globale Zuschüsse, die sie eigenverantwortlich bewirtschaften. Die Stellen in den Wirtschaftsplänen führen demnach nicht zu Personalausgaben im Landeshaushalt.

Der Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt hat die Absicht, den Personalbestand bis 2011 auf 55.000 Stellen reduzieren. Ausgangspunkt sind die im Haushaltsplan 2006 veranschlagten 63.974 Stellen [10]. Wenn man allerdings den vorangegangenen Ausführungen folgt, ist der Abbau der in der Titelgruppe 96 ausgebrachten Stellen unter haushaltspolitischen und haushaltsrechtlichen Gesichtspunkten bereits als beschlossen anzusehen. Für diese Stellen ist keine erneute Diskussion angebracht.

Die Stellen, die in Wirtschaftsplänen von Einrichtungen ausgebracht wurden, sind einer politischen Stellenabbaudiskussion nicht zugänglich, weil die Steuerung über die Zuschüsse an die jeweiligen Einrichtungen erfolgt. Das Land hat die Möglichkeit, diesen Einrichtungen die Zuschüsse zu kürzen. Demnach können in die Betrachtung des Finanzministers für das Jahr 2006 nur 50.078 statt 63.974 Stellen in Stellenabbaudiskussion eingeführt werden. Dieser Sachverhalt führt dann zu der Erkenntnis, dass der Finanzminister sein Abbauziel für 2011 bereits 2006 um ca. 5.000 Stellen übertroffen haben müsste. Der Finanzminister ist hier eine Erklärung schuldig.

Bei der Darstellung der im Landeshaushalt ausgebrachten Personalstellen in Stellenplänen und Bedarfsnachweisen kann die tatsächliche Besetzung (Ist-Besetzung) nicht unberücksichtigt bleiben. Eine ungefähre Vorstellung gibt eine Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung im Landtag von Sachsen-Anhalt zur „Personalausstattung in der allgemeinen Landesverwaltung“ [14]: „Dem aktuellen Stellenbestand am 31. Dezember 2004 von 73.564 Stellen stand eine ‚Ist-Besetzung‘ von 66.540 gegenüber“. Diese Angabe führt zu der Feststellung, dass nur ca. 90 v. H. der im Landeshaushalt ausgebrachten Personalstellen besetzt gewesen sind. Dies hat Folgen auf die Höhe der Ist-Ausgaben für das Landespersonal.

Vieles deutet darauf hin, dass auch im Jahr 2006 ca. 10 v. H. der ausgebrachten Personalstellen nicht besetzt gewesen sind. Dies würde bedeuten, dass von den 50.078 im Haushalt für 2006 ausgebrachten Stellen nur ca. 45.000 tatsächlich besetzt waren.

5 Verhältnis von Personalstellen zu Bevölkerungszahlen, Vergleich mit anderen Bundesländern

Obwohl die Höhe der Personalausgaben als wichtigste Kennzahl die Hauptrolle bei allen Vergleichen spielen sollte, wird häufig auf die Kennzahl „Stellen je 1.000 Einwohner“ zurückgegriffen. Daher sind die folgenden Darlegungen erforderlich. Der Finanzminister des Landes führt noch eine weitere Kennzahl ein und formuliert als Zielzahl „20,0 Vollzeitäquivalente pro 1.000 Einwohner“ für das Jahr 2020 [10].

„Vollzeitäquivalente“ ist kein haushaltsrechtlicher Begriff. „Vollzeitäquivalente“ sind dementsprechend auch nicht in den Haushaltsplänen der Bundesländer ausgewiesen. Das heißt in jedem Fall: Ein Vergleich mit anderen Bundesländern ist nicht möglich. Der Finanzminister wendet bei seiner Berechnung einen Faktor von 1:1,07 (Stellen zu Vollzeitäquivalente) an. In der nachstehenden Betrachtung werden nur die Personalstellen in den Haushaltsplänen als vergleichbare Kennzahl herangezogen.

In einem durch das Land in Auftrag gegebenen Gutachten wird festgestellt, dass der Vergleich von Personalbeständen zwischen den Ländern auf erhebliche Schwierigkeiten stößt, da zunehmend Personal außerhalb der Kernhaushalte geführt wird [11]. Im Abschnitt 4 wurde bereits für Sachsen-Anhalt auf diesen Tatbestand hingewiesen (Tab. 9). Für die Erfassung der Stellen nach den jeweiligen Haushaltsplänen der Länder ist es also entscheidend, worauf die Datenbasis beruht.

Zur Erfassung der Personaldichte schreibt die Landesregierung Sachsen-Anhalts auf eine kleine Anfrage im Landtag [14]: „Nach § 12 Abs. 6 des Haushaltsgrundsätzegesetzes sind Planstellen nach Besoldungsgruppen und Amtsbezeichnungen im Haushaltsplan auszubringen. Andere Stellen werden in den Haushaltsplänen der Bundesländer in der Regel verbindlich erläutert. Ein Vergleich der Personaldichte zu den anderen Bundesländern kann deshalb nur auf der Grundlage der in den Landeshaushalten veranschlagten Planstellen in den Stellenplänen und anderen Stellen in den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen vorgenommen werden.“

Tabelle 10: Personalstellen je 1.000 Einwohner, Vergleich der Flächenländer (eigene Berechnungen nach [3])

Bundesland	Einwohner	Personalstellen je 1000 EW		Personalstellen je 1000 EW	
		2005		2006	
Nordrhein-Westfalen	18.058.000	326.426	18,1	325.917	18,0
Bayern	12.469.000	227.273	18,2	226.601	18,2
Baden-Württemberg	10.736.000	209.634	19,5	210.740	19,6
Niedersachsen	7.994.000	151.431	18,9	151431 ^{*1)}	18,9
Hessen	6.092.000	152.115	25,0	145.351	23,9
Sachsen	4.274.000	95.737	22,4	91.971	21,5
Rheinland-Pfalz	4.059.000	85.095	21,0	85.701	21,1
Schleswig-Holstein	2.833.000	55.030	19,4	49.705	17,5
Brandenburg	2.559.000	55.802	21,8	54.601	21,3
Sachsen-Anhalt	2.470.000	51.432	20,8	50.078	20,3
Thüringen	2.335.000	54.708	23,4	53.433	22,9
Mecklenburg-Vorpommern	1.707.000	39.414	23,1	36.474	21,4
Saarland	1.050.000	23.143	22,0	23.056	22,0
Mittelwert			21,1		20,5
Mittelwert NBL			22,3		21,5
Mittelwert ABL o. StSt			20,4		20,2
wenn ABL=100, dann NBL (%)			109,4		106,1

^{*1)} Daten lagen nicht vor, Übertrag aus 2005

Nach den Zahlen in Tabelle 10 verfügte Sachsen-Anhalt im Jahr 2006 über 20,3 Stellen je 1.000 Einwohner. Damit lag das Land im Bereich des Mittelwertes aller Bundesländer und an niedrigster Stelle im Vergleich zu den neuen Bundesländern.

Unter Berücksichtigung der Personalstellen, die in Titelgruppe 96 und den Wirtschaftsplänen ausgebracht sind, würde Sachsen-Anhalt einen Bestand von 63.627 Stellen für das Jahr 2006 aufweisen. Auf diese Weise würde die Zahl der Stellen je 1.000 Einwohner auf 25,5 ansteigen.

In Tabelle 10 sind für alle Bundesländer gleichermaßen die Personalstellen, die in den jeweiligen Haushaltsplänen ausgebracht sind, erfasst. Da in allen Bundesländern zunehmend Personal außerhalb der Kernhaushalte geführt wird [11], wurde die Kennzahl mit der größtmöglichen Vergleichbarkeit gewählt. Beispielsweise weist Bayern das Personalsoll A, B und C aus. In Tabelle 10 ist nur das Personalsoll A erfasst. Im Personalsoll B sind sowohl Stellen enthalten, die nicht aus den Mitteln des Staatshaushaltes finanziert werden, als auch Stellen die vom Freistaat unterhalten werden. In Mecklenburg-Vorpommern wurde nur der Regelbereich, aber nicht der Regelbereich LHO-Betriebe in die Tabelle 10 übertragen und so weiter.

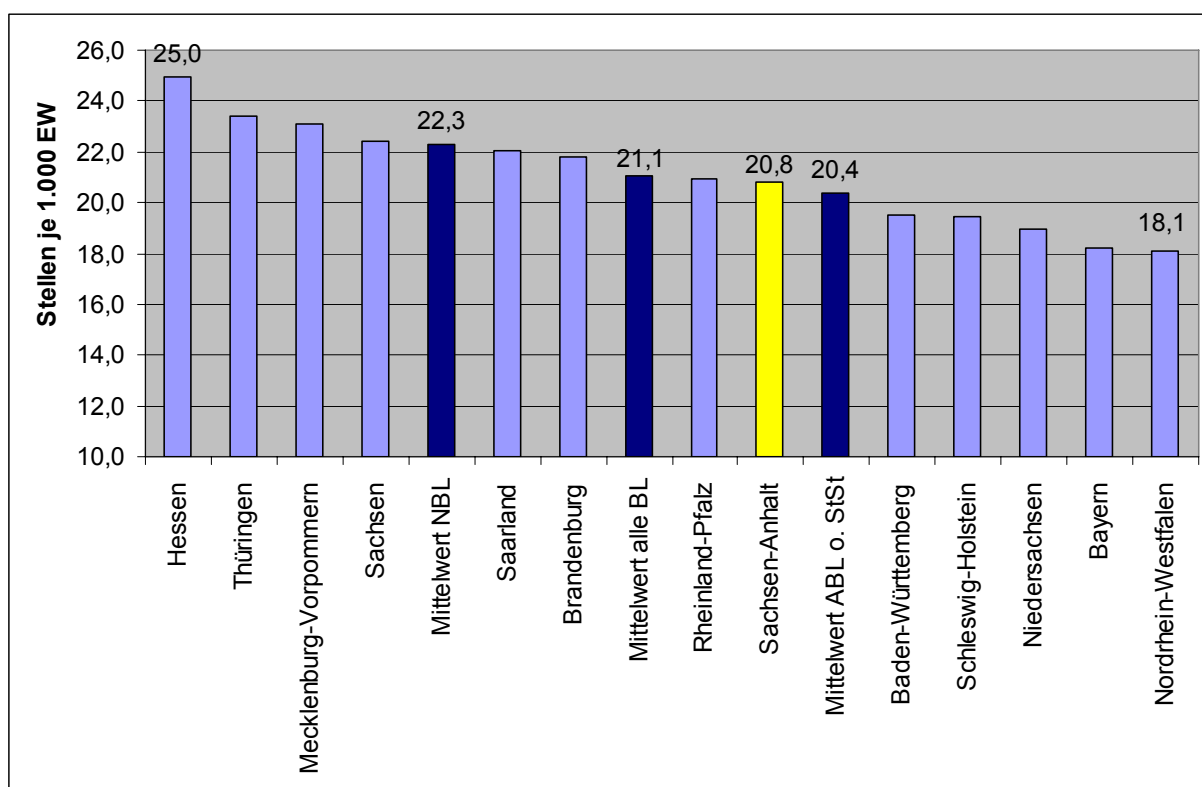


Abb. 5: Personalstellen (Landespersonal) je 1.000 Einwohner im Jahr 2005, Vergleich der Bundesländer (Flächenländer) [3], grafische Darstellung zu Tab. 10

6 Verhältnis von Personalstellen zur Fläche, Vergleich mit anderen Bundesländern

Ländervergleiche werden nicht nur mittels Quoten (z.B. Strukturdaten) oder Einwohnerzahlen vorgenommen. Viele Aufgaben der Länder weisen einen unmittelbaren Bezug zur Bevölkerungsdichte oder zur Fläche eines Landes aus. Daraus resultiert beispielsweise die Anzahl und Größe von Dienststellen (Vgl. auch Abschnitt 2).

Tabelle 11 enthält daher einen Vergleich der Bundesländer hinsichtlich ihrer Personalausstattung, bezogen auf die Fläche in km². Das Ergebnis ist insofern sehr aufschlussreich, da erhebliche Unterschiede in der Ausstattung mit Personalstellen pro km² festzustellen sind.

Tabelle 11: Personalstellen je km², Vergleich der Bundesländer (Flächenländer)
(eigene Berechnungen nach [3])

Bundesland	Fläche in km ²	Personalstellen	Personalstellen je km ²	Personalstellen	Personalstellen je km ²
	2005	2005	2005	2006	2006
Nordrhein-Westfalen	34.083	326.426	9,6	325.917	9,6
Bayern	70.549	227.273	3,2	226.601	3,2
Baden-Württemberg	35.752	209.634	5,9	210.740	5,9
Niedersachsen	47.618	151.431	3,2	151431 ^{*1)}	3,2
Hessen	21.115	152.115	7,2	145.351	6,9
Sachsen	18.413	95.737	5,2	91.971	5,0
Rheinland-Pfalz	19.847	85.095	4,3	85.701	4,3
Schleswig-Holstein	15.763	55.030	3,5	49.705	3,2
Brandenburg	29.477	55.802	1,9	54.601	1,9
Sachsen-Anhalt	20.445	51.432	2,5	50.078	2,4
Thüringen	16.172	54.708	3,4	53.433	3,3
Mecklenburg-Vorpommern	23.173	39.414	1,7	36.474	1,6
Saarland	2.569	23.143	9,0	23.056	9,0
Mittelwert			4,7		4,6
Mittelwert NBL			2,9		2,8
Mittelwert ABL o. StSt			6,0		6,0
wenn ABL=100, dann NBL (%)			48,6		47,2

^{*1)} Daten lagen nicht vor, Übertrag aus 2005

Das Land Nordrhein-Westfalen zum Beispiel weist mit 18,1 (Tab. 10) die wenigsten Stellen, bezogen auf die Einwohnerzahl, aus, hat aber mit 9,6 die meisten Personalstellen je km². Dagegen ist auffällig, dass die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt eine geringe Anzahl von Personalstellen in der Fläche aufweisen. Ein Erklärung hierfür kann die unterschiedliche Bevölkerungsdichte sein.

Daneben gibt es deutliche Unterschiede zwischen den neuen und den alten Bundesländern. Während der Mittelwert der alten Bundesländer bei 6,0 Stellen je km² liegt, haben die neuen Bundesländer nur 2,8 Stellen in der Fläche.

Ähnliche Resultate ergaben die Untersuchungen zu den Gesamtausgaben im Verhältnis zur Fläche im Abschnitt 2.

Unter den neuen Bundesländern hebt sich Sachsen, sowohl in der Stellenausstattung je Einwohner, wie auch in der Fläche, klar heraus.

Abbildung 6 verdeutlicht die großen Unterschiede in der Personalstellenausstattung je km² zwischen den Bundesländern am Beispiel des Jahres 2005.

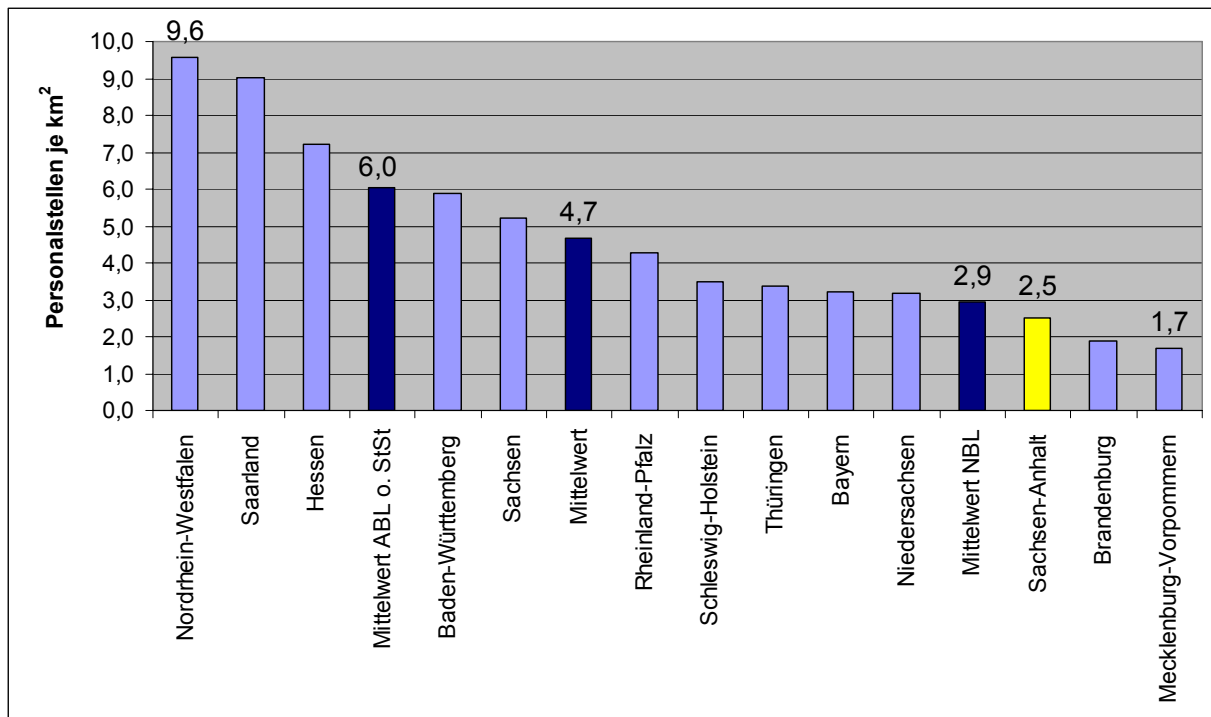


Abb. 6: Personalstellen (Landespersonal) je km² im Jahr 2005, Vergleich der Bundesländer (Flächenländer) [3]

7 Entwicklung der Versorgungsausgaben für Beamte

Um die Personalausgaben dauerhaft unter Kontrolle zu halten, soll entsprechend der Vereinbarung im aktuellen Koalitionsvertrag der Fraktionen, die die Landesregierung bilden, ein „Pensionsfonds“ geschaffen werden, in den ab dem Doppelhaushalt 2008/2009 eingezahlt wird [5]. Damit will das Land Sachsen-Anhalt die Altersversorgung aller neuen Mitarbeiter im Beamtenverhältnis für die Zeit nach ihrem Ausscheiden sichern. Dazu muss man wissen, dass bisher für die aktiven Beamten in den öffentlichen Haushalten des Bundes und der Länder keine „Pensionsfonds“, keine Rücklagen für ihre späteren Versorgungsbezüge gebildet wurden. Versorgungsbezüge für so genannte Pensionäre wurden jeweils aus dem laufenden Haushalt bestritten. Dies hatte für die öffentlichen Dienstherren und ihre Haushalte große Vorteile. Während für Arbeitnehmer im Laufe ihrer aktiven Dienstzeit bereits monatlich der Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung in die jeweilige Rentenkasse mit den entsprechenden Folgen für den laufenden Haushalt abgeführt werden musste, konnten die öffentlichen Dienstherren den monatlichen „Rentenbeitrag“ für ihre Beamten zumeist über Jahrzehnte sparen. Die öffentlichen Dienstherren haben abgewartet, ob der aktive Beamte überhaupt Versorgungsempfänger wurde. Erst dann fielen in den Haushalten entsprechende Ausgaben für ihn an. Die während der aktiven Dienstzeit (z. B. im Umfang von bis zu 45 Jahren!) eines Beamten bereits monatlich eingesparten Beträge konnten die öffentlichen Dienstherren in ihren Haushalten für andere Zwecke einsetzen, über deren Sinnhaftigkeit hier nichts erwähnt werden kann.

Ziel sei es nun, so der Finanzminister, dass die Zuführungen an den „Pensionsfonds“ auch schrittweise bei - Alt-Beamten - gelingt.

Im Haushaltsjahr 2006 sind für Pensionsausgaben 50 Mio. Euro, im Jahr 2020 bereits 291 Mio. Euro vorgesehen [4.2]. „Diese finanzielle Belastung, die nach dem bisherigen Verfahren aus dem laufenden Etat abgedeckt wird, ist für die Landesregierung nicht ohne das Eingreifen zusätzlicher Maßnahmen zu bewältigen“ [10].

Am 15. Dezember 2006 trat das neue „Pensionsfondsgesetz“ [12] in Kraft. Neben den Zuführungen aus dem Landeshaushalt (jährlich 20 Millionen Euro) wird der Fonds durch „Dienstherren und unselbständige Landesbetriebe“ gespeist. Bereits im Jahr 2006 zahlte das Land 20 Mio. Euro in den Fonds ein [4.2].

Die Zuführungen des Landes werden dem Etat für Personalausgaben entnommen. Die Folge ist bei gleichbleibender Höhe des Etats eine faktische Personalausgabenkürzung um 20 Mio. Euro. Bei einem durchschnittlichen Personalkostensatz von 42.000 Euro je Stelle und Jahr [11] bedeutet dies einen zusätzlichen Stellenverlust von 476 Stellen jährlich.

Zudem werden die laufenden Ausgaben für Versorgungsbezüge ab dem Haushaltsjahr 2007 den jeweiligen Einzelplänen angelastet. Bisher wurden die Versorgungsbezüge für ehemalige Landesbeamte zentral im Einzelplan 13 ausgebracht. Die neue Veranschlagungssystematik hat zur Folge, dass z. B. der Etat für Wissenschaft und Forschung (Epl. 06) um die Versorgungsaufwendungen in Höhe von 5.220.200 Euro erhöht worden ist.

Aber werden die Versorgungsaufwendungen im Land Sachsen-Anhalt bis 2020 wirklich so dramatisch hoch sein, wie es durch die Landespolitiker behauptet wird?

Beispielhaft für die alten Bundesländer soll die Situation in Bayern betrachtet werden. Die Personalausgabenquote (Vgl. Abschnitt 8.1) lag dort im Jahr 2006 bei 43 Prozent. Bezogen auf den Gesamthaushalt von 35,1 Mrd. Euro betrugen die Personalausgaben 15,1 Mrd. Euro. Die Versorgungsaufwendungen für ehemalige Beamte werden derzeit mit 8 Prozent am Gesamthaushalt angegeben (= 2,9 Mrd. Euro).

Beispiel Bayern 2006

Gesamthaushalt:	35,1 Mrd. €
Personalausgabenquote:	43,2 %
Personalausgaben:	15,1 Mrd. €
Pensionslasten:	8 % des Gesamthaushaltes (2,9 Mrd. €)

[3.2; 27]

In Bayern sind demnach die Versorgungsaufwendungen absolut und anteilig erheblich höher als in Sachsen-Anhalt. Wie in allen alten Bundesländern wird wegen der „Verbeamtungs-politik“ der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts (vor allem in den Bereichen Schulen und Hochschulen) mit einem deutlichen Anstieg der Versorgungsaufwendungen gerechnet, da dieser Personenkreis in absehbarer Zeit vollständig in den Ruhestand tritt. Hier ist nachvollziehbar, wenn z. B. die bayerische Staatsregierung überlegt, wie dieser Anstieg finanziert werden soll.

Sachsen-Anhalt hat bisher auf Verbeamtungen z. B. im Schul- und Hochschulbereich im Umfang der alten Bundesländer verzichtet, so dass sich hieraus kein relevanter Anstieg der Versorgungsaufwendungen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ergeben kann. Allerdings muss daran erinnert werden, dass für diesen Personenkreis für die Zeit ihrer aktiven Dienstzeit bereits „Versorgungsaufwendungen“ in Höhe der monatlichen Arbeitgeber-anteile zur Rentenversicherung aufgebracht werden mussten und die Personalausgaben entsprechend beeinflusst haben. Dies dürfte den Landeshaushalt in den vergangenen 15 Jahren mit etwa 1 Mrd. EUR belastet haben.

An dieser Stelle soll darauf aufmerksam gemacht werden, dass in die Betrachtung der Ver-sorgungsaufwendungen des Landes Sachsen-Anhalt auch die Erstattungsbeträge einbezogen werden müssen, die das Land von vormaligen Dienstherrn ihrer Pensionäre erhält. Wie hoch sind die Erstattungsbeträge und wie werden sich diese bis 2020 entwickeln? Erst die Gesamtbetrachtung von Versorgungsaufwendungen und Erstattungen lassen ein seriöses Urteil über die Belastungen durch die Versorgungsaufwendungen im Landeshaus-halt zu.

Der Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt begründet die Einrichtung des Pensions-fonds unter Bezugnahme auf nachstehendes Beispiel wie folgt: „In Norwegen beispielsweise gibt es seit langem einen Pensionsfonds. ... immer wieder erklärt die norwegische Re-gierung, dass **trotz eines Haushaltsüberschusses** das Geld nicht angefasst werden dürfe. ...“ [7]. Dazu merken die Verfasser an: Im Unterschied zu Sachsen-Anhalt richtet Norwegen einen Pensionsfond bei einem gleichzeitigen Haushaltsüberschuss ein. Demgegenüber hat Sachsen-Anhalt einen (noch) kreditfinanzierten Haushalt.

Üblicherweise werden Versorgungsaufwendungen aus dem laufenden Haushalt bestritten. Die Einrichtung von Pensionsfonds muss haushaltspolitisch und -rechtlich solange als ver-fassungsrechtlich unzulässig angesehen werden, solange Kredite zur Gesamtfinanzierung des Haushalts benötigt werden. Ob Sachsen-Anhalt danach noch Rücklagen in einem Pen-sionsfonds bilden sollte, dürfte davon abhängig sein, wie sich die Versorgungsaufwendungen z. B. bis 2020 entwickeln werden (siehe dazu Tabelle 12). Bayerns Finanzminister Kurt Faltlhauser (CSU) sieht in einem nicht kreditfinanzierten Haushalt die entscheidende Voraussetzung für die Einrichtung eines Pensionsfonds und stellt fest: „Zuführungen zum Pensionsfond aus neuen Schulden sind keine generationsgerechte Finanzierung“ [15].

Umstritten ist selbst unter Experten, ob Beamte oder Arbeitnehmer den Dienstherrn/öffent-lichen Arbeitgeber „billiger“ kommen. Für aktive Beamte bringt der Dienstherr keine Versorgungsaufwendungen auf; er wartet erst den Versorgungsfall ab. Bei Arbeitnehmern müssen während der aktiven Dienstzeit bereits „Versorgungsaufwendungen“ in Höhe der monatlichen Arbeitgeberanteile zur Rentenversicherung aufgebracht werden. In den neuen Bundesländern hätte demnach nahe gelegen, Personalausgaben durch einen höheren Umfang an Verbeamtungen (z. B. im Lehrer- und Hochschulbereich) einzusparen und diese Einsparungen für andere haushaltspolitisch dringende Zwecke einzusetzen.

Folgende Tabelle, zusammengestellt aus den Daten der mittelfristigen Finanzplanung 2006 – 2010 (Ministerium der Finanzen Sachsen-Anhalt), zeigt, dass der Anteil der Pensionskosten zur Zeit weniger als ein Prozent des Gesamthaushaltes beträgt. Verglichen mit Bayern (8 %) handelt es sich hier um eine relativ kleine Summe. Selbst in der Projektion bis 2020 würde der Gesamthaushalt nur mit 3,74 % (!!!) belastet werden (für Bayern wird demgegenüber mit bis zu 13 % gerechnet [13]).

Tabelle 12: Prognose der Versorgungsausgaben bis 2020 in Sachsen-Anhalt [7]

Jahr	Gesamtzahl der Versorgungsempfänger (rund)	Haushaltsbelastung (rund)	Haushaltsvolumen (ab 2007 Prognose) in €	Anteil am Gesamthaushalt in %
2002	1.300	23 Mio. €		
2006	3.100	50 Mio. €	10.027.000.000	0,50
2007	3.700	76 Mio. €	9.913.000.000	0,77
2008	4.200	90 Mio. €	9.548.000.000	0,94
2009	4.700	102 Mio. €	9.213.000.000	1,11
2010	5.300	115 Mio. €	9.009.000.000	1,28
2015	8.000	187 Mio. €	8.173.000.000	2,29
2020	11.600	291 Mio. €	7.778.000.000	3,74

Die jährlichen Zahlungen des Landes von 20 Mio. Euro summieren sich ohne Zins und Zinseszins im Jahr 2020 bereits auf 300 Mio. Euro (ohne Berücksichtigung der Erstattungen vormaliger Dienstherren und der Zahlungen/Erstattungen der Landesbetriebe)!

Fazit:

Der gebildete Pensionsfonds in Sachsen-Anhalt mit Einzahlungen aus dem laufenden Landeshaushalt ist in jedem Fall nicht vertretbar, solange es einen kreditfinanzierten Haushalt gibt.

Die zu erwartenden Versorgungsaufwendungen bis 2020 (= 3,74 v. H.) können zu irgendwelchen Besorgnissen keinen Anlass geben. Wenn das Land auf diese Zuführungen an den Pensionsfonds verzichten würde, könnten diese Beträge entweder eingespart oder anderen Zwecken zugeführt werden.

8 Strukturdaten der Länderhaushalte

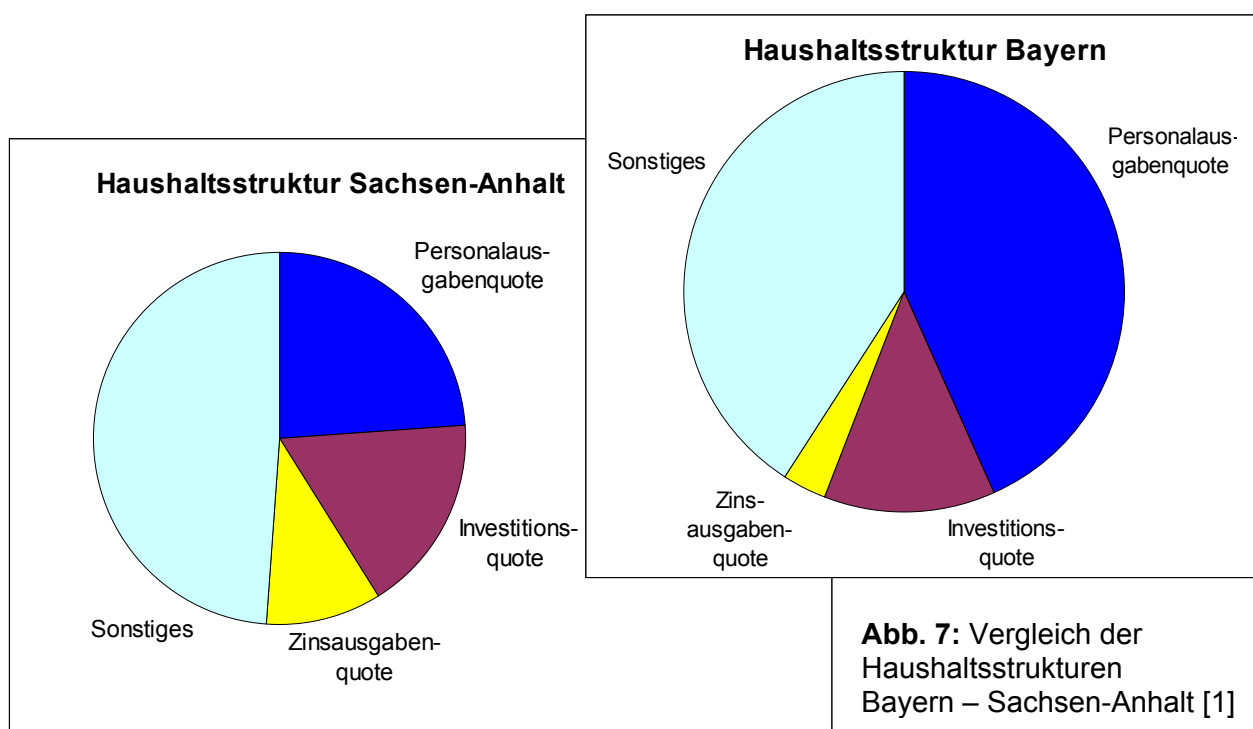
Tabelle 13: Die Strukturdaten der Länderhaushalte 2006 [1]

Quelle: Bundesfinanzministerium	Steuer- deckungs- quote (%)	Personal- ausgaben- quote (%)	Investi- tions- quote (%)	Zinsaus- ausgaben- quote (%)
Baden-Württemberg	71,3	40,9	8,5	7,3
Bayern	76,7	43,3	12,6	3,3
Brandenburg	44,8	22,2	20,5	8,7
Hessen	72,5	37,2	9,4	7,7
Mecklenburg-Vorpommern	42,3	23,1	18,7	7,5
Niedersachsen	65,1	39,6	7,1	11,0
Nordrhein-Westfalen	72,1	38,9	9,2	9,6
Rheinland-Pfalz	64,9	40,9	10,4	9,4
Saarland	57,2	37,9	11,1	12,6
Sachsen	48,2	27,3	23,7	4,1
Sachsen-Anhalt	44,4	23,8	17,2	10,0
Schleswig-Holstein	62,2	38,2	9,0	11,1
Thüringen	44,4	26,1	18,9	7,9
Berlin	40,4	31,4	9,2	12,2
Bremen	47,6	32,1	13,8	14,5
Hamburg	76,2	33,6	10,2	10,0

Die Strukturdaten der Länderhaushalte (Tab. 13) werden jährlich vom Bundesministerium der Finanzen erfasst und publiziert. Sie bestehen aus der Steuerdeckungs-, der Personalausgaben-, der Investitions- und der Zinsausgabenquote. Mit diesen vier Kennzahlen werden die Länderhaushalte untereinander vergleichbar dargestellt.

Die Verfasser haben die jeweiligen Daten der Jahre 1999 bis 2006 in Tabellen übertragen, zusammengefasst und grafisch dargestellt (vgl. insbesondere Tab. 14). Die gesamten Angaben zu den Strukturdaten sind Soll-Angaben, sie sind aus den Haushaltsplänen entnommen.

Bei der Auswertung der Daten fiel auf, dass es deutliche Unterschiede zwischen den Haushaltsstrukturen der neuen- und der alten Bundesländer gibt. Abbildung 7 zeigt beispielhaft den markanten Unterschied in der Haushaltsstruktur zwischen den Ländern Bayern und Sachsen-Anhalt. Die darin dargestellte blaue Fläche (Personalausgabenquote) stellt in Sachsen-Anhalt weniger als ein Viertel des Haushaltes dar, während der vergleichbare Wert in Bayern unterhalb der Hälfte des Gesamthaushaltes liegt.



8.1 Personalausgabenquoten

Die Hauptgruppe 4 (Vgl. auch Abschnitt 2) enthält die Ausgaben für das Planpersonal in den Stellenplänen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen sowie für die Beschäftigten, die aus Titelgruppen oder Haushaltsmitteln vergütet oder entlohnt werden.

Neben den Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige, Versorgungsbezügen, Beihilfen, Unterstützungen, personenbezogenen Sachausgaben sowie den globalen Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben bestimmen diese Ausgaben die Personalkostenquote des Landes [2].

Aus der Hauptgruppe 6 – Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke mit Ausnahme für Investitionen – werden Personalausgaben der in den Landesbetrieben (§ 26 LHO) Beschäftigten gezahlt. Die Personalausgaben der Landesbetriebe, als gesonderte Teile der Landesverwaltung von Sachsen-Anhalt, werden nicht der Personalkostenquote hinzugerechnet [2].

Tabelle 14 verdeutlicht die Unterschiede in den Haushaltstrukturen der Bundesländer auf der Basis der Personalausgabenquote (auch Personalkostenquote). Diese zeigt den prozentualen Anteil der Personalausgaben am Gesamthaushalt.

Bundesland	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000	1999
Baden-Württemberg	40,9	41,4	42,4	41,2	41,4	40,6	40,2	42,1
Bayern	43,3	43,1	43,1	40,8	40,9	41,7	41,8	41,4
Brandenburg	22,2	21,9	23,4	24,6	23,4	24,8	*1)	25,7
Hessen	37,2	38,8	37,2	36,9	37,4	35,3	39,0	40,4
Mecklenburg-Vorpommern	23,1	25,8	26,8	27,1	26,8	27,6	27,3	26,7
Niedersachsen	39,6	39,7	40,0	39,1	38,2	37,6	41,7	41,8
Nordrhein-Westfalen	38,9	39,9	40,9	40,8	41,7	41,3	40,6	40,0
Rheinland-Pfalz	40,9	40,6	41,4	41,0	40,6	41,3	41,0	40,5
Saarland	37,9	38,7	38,4	41,0	41,5	39,8	*1)	39,4
Sachsen	27,3	25,9	27,3	23,8	26,5	26,9	27,1	26,5
Sachsen-Anhalt	23,8	23,2	26,9	25,1	27,3	27,2	26,7	25,8
Schleswig-Holstein	38,2	37,4	38,8	37,7	40,5	37,3	39,9	40,1
Thüringen	26,1	26,3	26,5	26,6	26,8	26,0	25,6	25,4
Berlin	31,4	33,3	32,6	33,4	34,5	34,2	*1)	32,7
Bremen	32,1	32,7	31,2	33,5	31,4	33,6	33,6	33,4
Hamburg	33,6	33,6	35,3	34,9	37,8	34,3	34,2	33,9
Mittelwert	33,5	33,9	34,5	34,2	34,8	34,3	35,3	34,7
Mittelwert NBL	24,5	24,6	26,2	25,4	26,2	26,5	26,7	26,0
Mittelwert ABL o. StSt	39,6	40,0	40,3	39,8	40,3	39,4	40,6	40,7
wenn ABL = 100; dann NBL	61,8	61,6	65,0	63,9	65,0	67,3	65,7	63,9

*1) Daten lagen nicht vor

Tabelle 14: Personalausgabenquoten (%) der Bundesländer 2006 – 1999 [1]

Die vorstehende Übersicht führt zu folgender Feststellung:

Gemessen am Anteil zum Gesamthaushalt gehört Sachsen-Anhalt zu den Bundesländern mit den geringsten Personalausgaben in Deutschland.

Nur Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg haben unwesentlich geringere Personalausgaben.

Der Mittelwert der alten Bundesländer lag 2006 bei fast 40 % des jeweiligen Landeshaushaltes, während Sachsen-Anhalt nur einen Anteil von 23,8 % aufwies.

Trotzdem sollen die Ausgaben für das Personal (Hauptgruppe 4) 2007 weiter gesenkt werden, von 2,36 Mrd. € im Jahr 2006 auf 2,27 Mrd. € im Jahr 2007. Dies entspricht einem

Rückgang um 3,75 Prozent. Die Personalausgabenquote sinkt damit von 23,8 Prozent (2006) auf 23,0 Prozent (2007) [5].

Abbildung 8 stellt die Daten der Tabelle 14 für das Jahr 2006 dar.

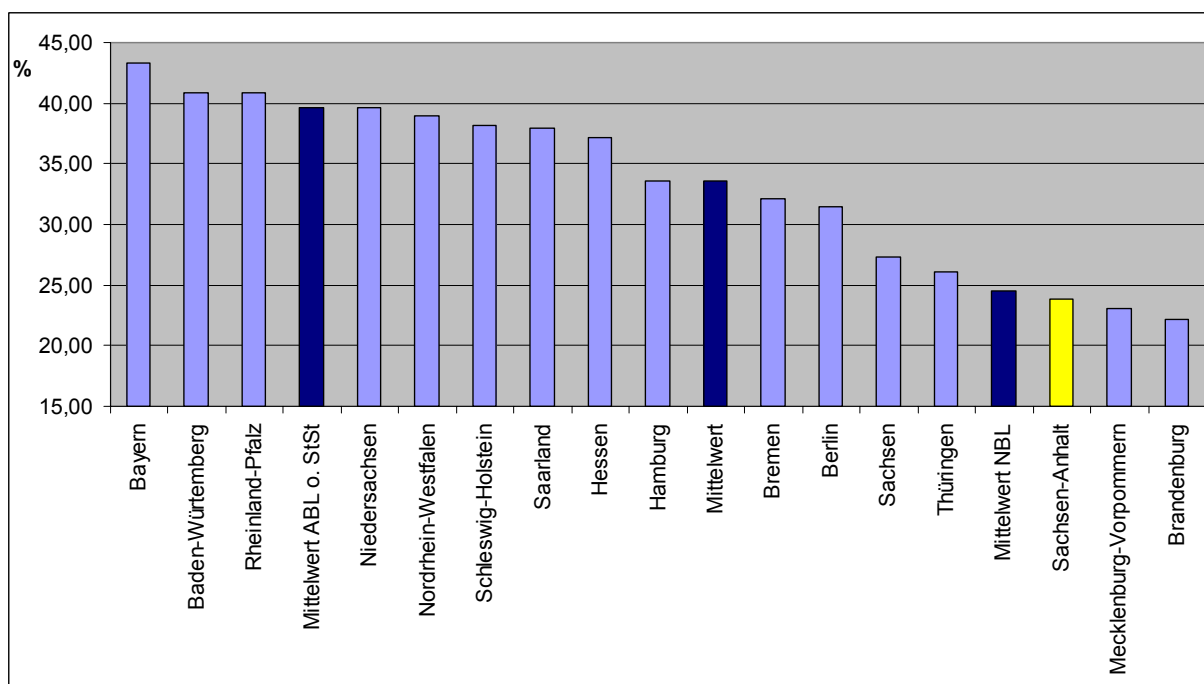


Abb. 8: Personalausgabenquote der Bundesländer 2006
(Anteil der Personalausgaben am Gesamthaushalt) [1]

In Abbildung 9 sind die Mittelwerte der alten-, aller-, und der neuen Bundesländer im Vergleich zu Sachsen-Anhalts Personalausgabenquote zusammengefasst.

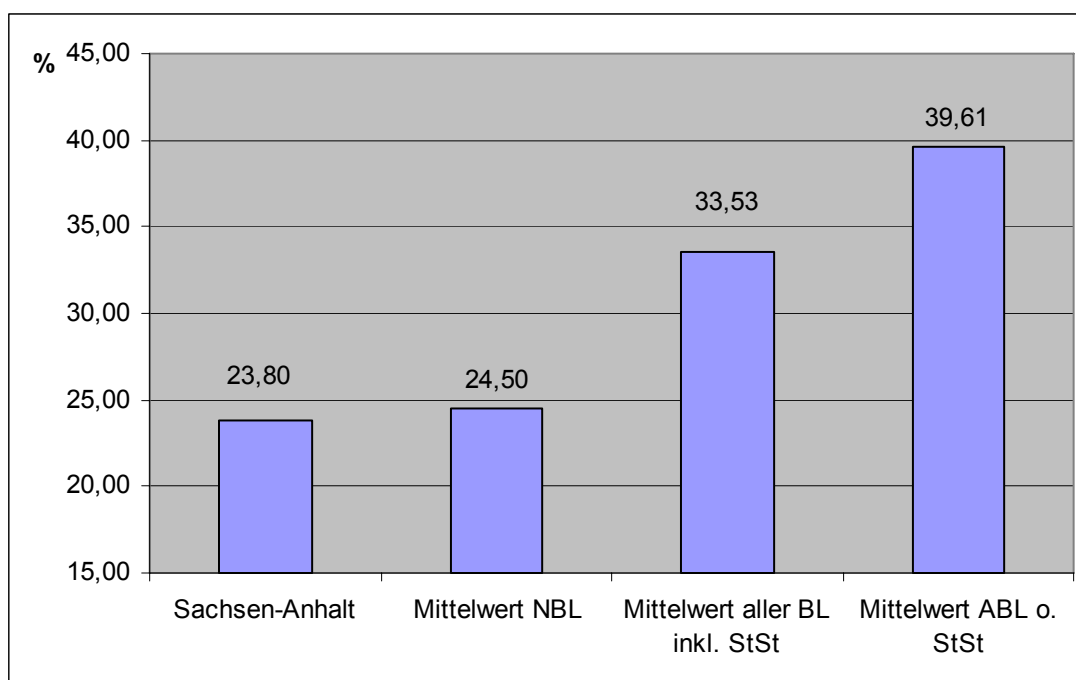


Abb. 9: Personalausgabenquote Sachsen-Anhalt im Vergleich mit Mittelwerten [1]

Laut Landesregierung Sachsen-Anhalts wird: „... In den nächsten zehn Jahren die **Orientierung auf den Durchschnitt der alten Flächenländer Maßstab für den weiteren Abbau von Personalüberhängen sein.**“ [7]

Den Abbildungen 8 und 9 kann aber entnommen werden, dass die Personalausgaben in Sachsen-Anhalt, bezogen auf den Gesamthaushalt, niedriger als der Durchschnitt der alten Bundesländer sind. Eine Orientierung an die sog. Flächenländer im Westen dürfte eigentlich nicht den Vorstellungen der Landesregierung entsprechen.

Es soll allerdings darauf verwiesen werden, dass für das Tarifpersonal des Landes für die Zeit von 2004-2009 eine tarifvertragliche Vereinbarung getroffen wurde, die zu einer Minderung des Einkommens und der Arbeitszeit im Umfang von durchschnittlich 6,5. v. H. führt. So lässt sich z. B. die deutliche Reduzierung der Personalausgabenquote zwischen 2004 und 2005 erklären. Das Land als Arbeitgeber hat sich in diesem Zeitraum verpflichtet, auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten. Für die Lehrer im Angestelltenverhältnis des Landes existiert ein vergleichbarer Tarifvertrag bereits seit mehreren Jahren. Ohne die ausgabeseitigen Folgen aus den genannten Tarifverträgen würde die Personalausgabenquote Sachsen-Anhalts nur unwesentlich ansteigen.

Fazit:

Die Notwendigkeit für einen Personalabbau lässt sich aus den vorliegenden Daten, die amtlichen Quellen entnommen sind, nicht ableiten.

8.2 Steuerdeckungsquoten

Die Steuerdeckungsquoten, der Anteil eigener Steuereinnahmen am Gesamthaushalt, sind in den neuen Bundesländern niedriger als in den alten Bundesländern, wobei darauf aufmerksam gemacht werden muss, dass es kein Bundesland gibt, welches eine Steuerdeckungsquote von 100 v.H. hat. Sachsen-Anhalts Steuerdeckungsquote liegt im Durchschnitt der neuen Bundesländer.

Bundesland	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000	1999	1997
Baden-Württemberg	71,3	71,1	72,6	72,5	69,2	76,6	75,2	74,2	72,1
Bayern	76,7	74,3	76,2	75,0	73,4	75,1	77,3	76,6	75,0
Brandenburg	44,8	43,6	44,9	44,7	41,8	50,2	*1)	47,3	44,2
Hessen	72,5	73,7	76,1	72,3	72,8	77,8	80,4	78,7	72,6
Mecklenburg-Vorpommern	42,3	39,0	40,6	39,9	40,0	44,7	45,3	44,6	41,3
Niedersachsen	65,1	67,2	63,6	61,9	59,3	64,6	69,5	68,4	66,5
Nordrhein-Westfalen	72,1	67,2	71,3	72,0	75,3	76,5	78,3	77,8	74,0
Rheinland-Pfalz	64,9	62,4	63,4	61,2	58,9	65,7	65,1	63,8	60,3
Saarland	57,2	56,1	55,2	53,7	52,1	57,1	*1)	58,8	55,9
Sachsen	48,2	44,3	48,5	42,7	45,4	50,3	50,7	50,0	48,1
Sachsen-Anhalt	44,4	41,5	42,1	42,4	41,5	46,2	46,4	45,6	41,1
Schleswig-Holstein	62,2	60,3	63,7	64,3	62,4	67,1	71,0	70,9	68,7
Thüringen	44,4	44,8	46,5	43,9	42,8	45,8	46,3	45,8	42,5
Berlin	40,4	40,0	37,7	37,7	36,0	41,6	*1)	40,1	37,0
Bremen	47,6	45,3	44,9	42,3	41,5	49,1	49,1	50,4	47,3
Hamburg	76,2	70,8	72,9	71,3	77,7	79,0	74,3	70,2	64,5
Mittelwert	58,1	56,4	57,5	56,1	55,6	60,5	63,8	60,2	56,9
Mittelwert NBL	44,8	42,6	44,5	42,7	42,3	47,4	47,2	46,7	43,4
Mittelwert ABL o. StSt	67,8	66,5	67,8	66,6	65,4	70,1	73,8	71,2	68,1
wenn ABL = 100; dann NBL	66,2	64,1	65,7	64,1	64,7	67,7	63,9	65,6	63,8

*1) Daten lagen nicht vor

Tabelle 15: Steuerdeckungsquoten (%) der Bundesländer 2006 – 1997 [1]

Tabelle 15 zeigt die Steuerdeckungsquoten der Bundesländer, die jeweiligen Mittelwerte und das Verhältnis der alten- zu den neuen Bundesländern.

Zwischen der Steuerdeckungsquote und den Personalausgaben eines Landes kann Seriöserweise keine unmittelbare Verbindung hergestellt werden, da die öffentlichen Aufgaben, die zu erfüllen sind, unabhängig von den Steuereinnahmen sind.

Die Ursachen für die Höhe der Steuereinnahmen sind vielschichtig, die hier nicht untersucht werden müssen.

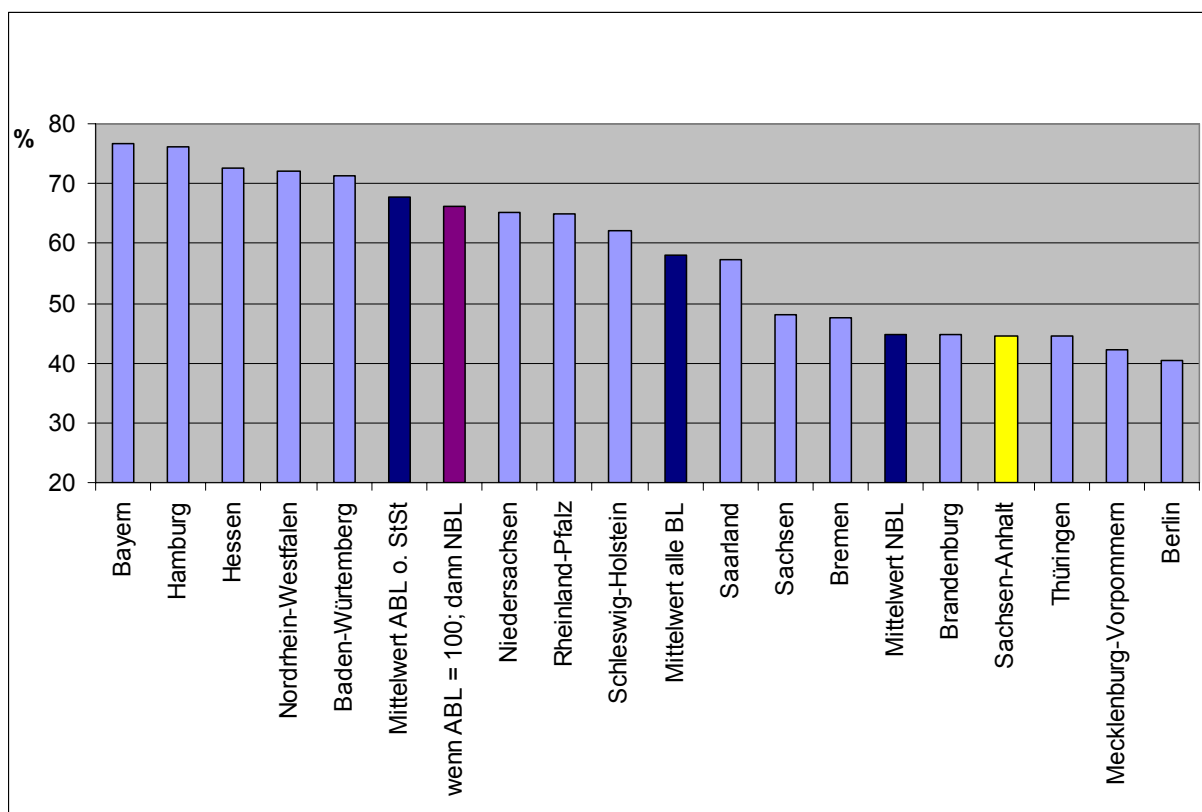


Abb. 10: Steuerdeckungsquoten der Bundesländer 2006 (grafische Darstellung zu Tab. 15 [1])

Es kann allgemein davon ausgegangen werden, dass die Steuereinnahmen in den neuen Bundesländern künftig steigen werden.

„Mittelfristig wird durch die steigenden Steuereinnahmen, aber auch durch die Absenkung der Gesamtausgaben die Steuerdeckungsquote um fast 10 Prozentpunkte ansteigen. Damit wird ein weiteres Aufschließen zum Niveau der Flächenländer West (im Durchschnitt 2006 rd. 71 Prozent) erreicht“ [7].

In Tabelle 2 wurde bereits die prognostizierte Entwicklung der Einnahmen des Landes dargestellt.

Hierzu war in der Presse folgendes zu lesen: „Wegen der deutlich höheren Steuereinnahmen für 2006 wird mit einem Zuwachs von mindestens 30 Millionen Euro und für 2007 voraussichtlich mit 150 Millionen Euro gerechnet. Ein großer Teil der erwarteten Mehreinnahmen solle genutzt werden, um einen bis 2009 laufenden Altkredit in Zusammenhang mit der Pleite des Wasserversorgers Midewa abzubauen ...“ [4.5].

8.3 Investitionsquoten

Die Investitionsquoten, der Anteil der Investitionsausgaben am Gesamthaushalt, sind in den neuen Bundesländern höher als in den alten Bundesländern. Die neuen Bundesländer haben mehr als 200 % der Investitionsausgaben (Anteil am Gesamthaushalt) der alten Bundesländer (Tab. 16). Dies kann jedoch niemanden verwundern, da die neuen Bundesländer einen Nachholbedarf haben.

Tabelle 16: Investitionsquoten (%) der Bundesländer 2006 – 1999 [1]

	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000	1999
Baden-Württemberg	8,5	8,8	8,5	9,9	10,0	10,0	11,0	9,6
Bayern	12,6	12,6	12,4	15,9	14,4	16,6	16,2	16,6
Brandenburg	20,5	20,7	20,8	21,0	21,3	23,1	*1)	22,7
Hessen	9,4	9,6	9,4	9,3	8,1	9,8	9,3	10,1
Mecklenburg-Vorpommern	18,7	18,8	20,5	21,1	21,8	22,0	22,9	23,5
Niedersachsen	7,1	7,1	8,6	10,3	9,9	12,3	10,4	10,8
Nordrhein-Westfalen	9,2	14,1	10,1	10,2	8,9	9,8	10,0	10,6
Rheinland-Pfalz	10,4	11,5	11,0	9,9	9,6	11,2	11,8	11,6
Saarland	11,1	11,6	13,4	13,7	10,7	12,2	*1)	11,7
Sachsen	23,7	27,3	25,3	32,3	26,3	26,6	27,5	28,9
Sachsen-Anhalt	17,2	19,5	20,6	21,5	19,5	22,5	24,1	24,2
Schleswig-Holstein	9,0	9,4	10,1	10,1	8,8	10,2	10,3	11,0
Thüringen	18,9	19,8	20,9	20,3	19,8	23,8	24,6	25,2
Berlin	9,2	10,5	10,9	10,7	8,6	11,2	*1)	13,2
Bremen	13,8	18,8	18,5	17,2	17,7	15,7	15,7	16,1
Hamburg	10,2	10,1	10,7	10,4	9,4	9,9	10,0	10,2
Mittelwert	13,1	14,4	14,5	15,2	14,1	15,4	15,7	16,0
Mittelwert NBL	19,8	21,2	21,6	23,2	21,7	23,6	24,8	24,9
Mittelwert ABL o. StSt wenn ABL = 100; dann NBL	9,7	10,6	10,4	11,2	10,1	11,5	11,3	11,5
	204,9	200,4	207,1	208,2	216,3	205,0	219,5	216,5

*1) Daten lagen nicht vor

Abbildung 11 untermauert die Daten der Tabelle 16 beispielhaft für das Jahr 2006.

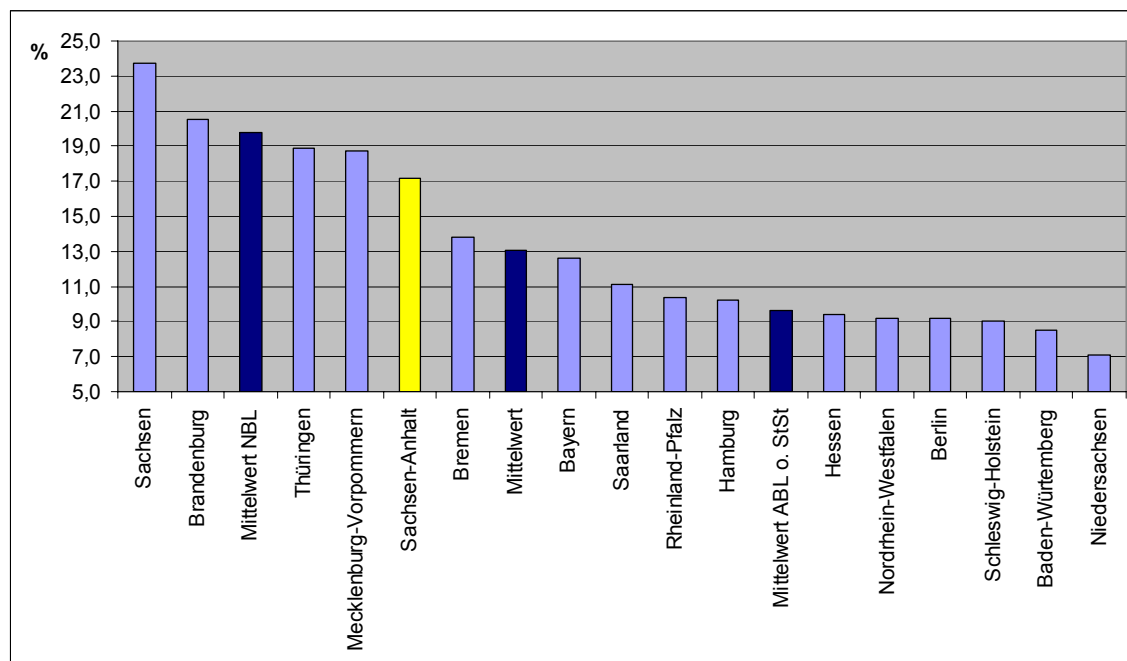


Abb. 11: Investitionsquoten der Bundesländer 2006 [1]

8.4 Zinsausgabenquoten

Die Zinsausgabenquoten, der Anteil der Zinsausgaben am Gesamthaushalt, sind in den neuen Bundesländern allgemein niedriger als in den alten Bundesländern. Sachsen-Anhalt fällt unter den neuen Bundesländern aus dem Rahmen. Hier wäre es lohnenswert, nach den Ursachen dafür zu suchen.

Tabelle 17: Zinsausgabenquoten (%) der Bundesländer 2006 – 1999 [1]

	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000	1999
Baden-Württemberg	7,30	6,80	6,40	6,20	5,50	6,20	5,90	6,50
Bayern	3,30	3,20	3,20	3,00	2,80	3,20	3,50	3,70
Brandenburg	8,70	8,30	8,90	8,10	7,40	7,80	*1)	7,50
Hessen	7,70	7,80	7,90	7,40	7,00	6,90	7,70	8,30
Mecklenburg-Vorpommern	7,50	7,00	7,20	6,90	6,40	6,50	6,30	5,90
Niedersachsen	11,00	11,80	11,30	10,90	10,20	10,40	10,60	10,70
Nordrhein-Westfalen	9,60	9,10	9,70	9,70	9,60	9,40	9,30	9,50
Rheinland-Pfalz	9,40	9,50	9,30	9,40	9,30	9,60	9,40	9,30
Saarland	12,60	12,10	11,60	11,30	11,30	11,90	*1)	14,40
Sachsen	4,10	3,70	4,00	3,60	3,70	4,20	4,30	4,10
Sachsen-Anhalt	10,00	9,30	8,40	8,50	7,80	7,40	7,30	7,30
Schleswig-Holstein	11,10	10,80	11,50	11,20	11,30	12,10	12,10	12,20
Thüringen	7,90	7,80	7,30	7,10	6,90	6,50	6,00	5,80
Berlin	12,20	12,60	11,40	11,30	10,40	10,20	*1)	9,30
Bremen	14,50	12,60	12,50	13,10	11,90	12,60	12,60	14,10
Hamburg	10,00	10,10	10,70	10,60	12,30	10,70	10,50	10,90
Mittelwert	9,2	8,9	8,8	8,6	8,4	8,5	8,1	8,7
Mittelwert NBL	7,6	7,2	7,2	6,8	6,4	6,5	6,0	6,1
Mittelwert ABL o. StSt	9,0	8,9	8,9	8,6	8,4	8,7	8,4	9,3

*1) Daten lagen nicht vor

Abbildung 12 zeigt die Daten der Tabelle 17 beispielhaft für das Jahr 2006.

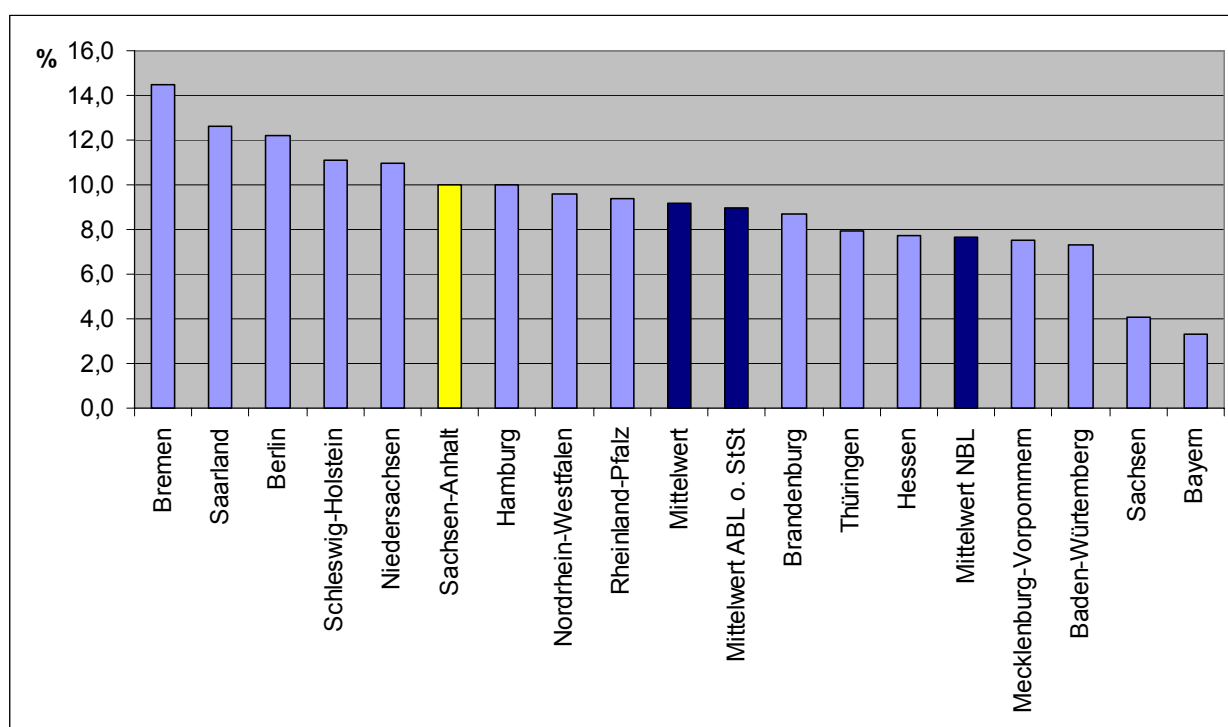


Abb. 12: Zinsausgabenquoten der Bundesländer 2006 [1]

Die Zinsausgabenquote in Sachsen-Anhalt liegt 2006 über dem Durchschnitt der neuen - und der alten Bundesländer.

Die hohe Zinsausgabenquote in Sachsen-Anhalt hat jedoch keine Korrelation zu den Personalausgaben, da diese seit Bestehen des Landes unterdurchschnittlich niedrig sind. Ursachen hierfür müssen an anderer Stelle gesucht werden.

Die Zinsausgabenquote erlaubt die Einsicht, dass das Land in den letzten Jahren Ausgaben finanziert hat, die sich entweder nicht rentiert haben oder deren Nutzen erst in späteren Jahren ersichtlich wird.

9 Die Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt

Die Ausgaben für die Hochschulen sind im aktuellen Haushaltsplan des Landes unter dem Titel „Zuschüsse“ (auch Subventionen) zusammengefasst. Die politischen Äußerungen, dass Bildung „Investitionen in die Zukunft“ seien, spiegeln sich im Landeshaushalt nicht wider.

Der Stellenanteil für die Hochschulen an der Gesamtstellenausstattung des Landes liegt bei ca. 9 Prozent [10]. Der Ressortbereich des Kultusministeriums, inklusive des Personals an den Schulen, gehört zu den personalintensivsten Bereichen der Landesverwaltung. Dem entsprechend groß sind die Begehrlichkeiten bei neuen Stellenabbauplänen.

In den Grundlagen für ein Personalentwicklungskonzept zitiert der Finanzminister Zahlen des Statistischen Bundesamtes zur Personalausstattung an den Hochschulen. Demzufolge sollen die Hochschulen im Jahr 2005 über 13.963 Stellen (erfasst wurden Personalstellen laut Stellenplan oder Wirtschaftsplan) verfügt haben [10].

Daraus schlussfolgert er: „Hier könnte eine Anpassung des Personals auf den durchschnittlichen Wert (Personal pro 1.000 Studierende) in Betracht gezogen werden. Dies würde eine Reduzierung um etwa 15 % bedeuten“ [10].

Anhand der folgenden Ausführungen wird nachgewiesen, dass die Personalausstattung an den Hochschulen, entsprechend den Haushaltsplänen, viel niedriger ist, als durch den Finanzminister des Landes angeführt.

9.1 Stellenentwicklung im Rückblick

Die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg hatte seit der deutschen Wiedervereinigung einen dramatischen Stellenabbau verkraften müssen.

Im Jahr 1993 wurden Hochschulen aufgelöst und deren Personal in die Universität integriert. Nach dem dadurch entstandenen Stellenaufwuchs, wurde der Stellenabbau erneut forciert. (Abb. 13).

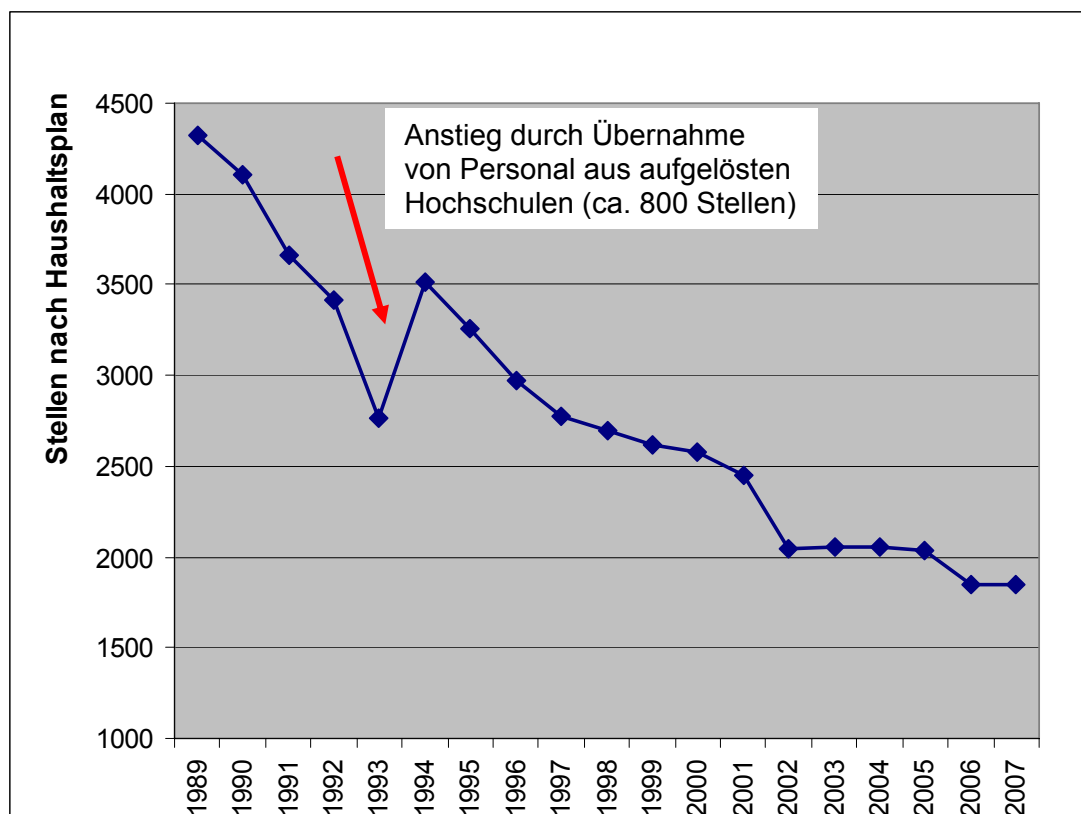


Abb. 13: Stellenentwicklung an der Martin-Luther-Universität, ohne Medizin. Fakultät [3]

Die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg profitierte zunächst von ihrer Neugründung im Jahre 1993. Seit 1995 wird auch bei ihr ein Stellenabbau vollzogen (Vgl. Abb. 14).

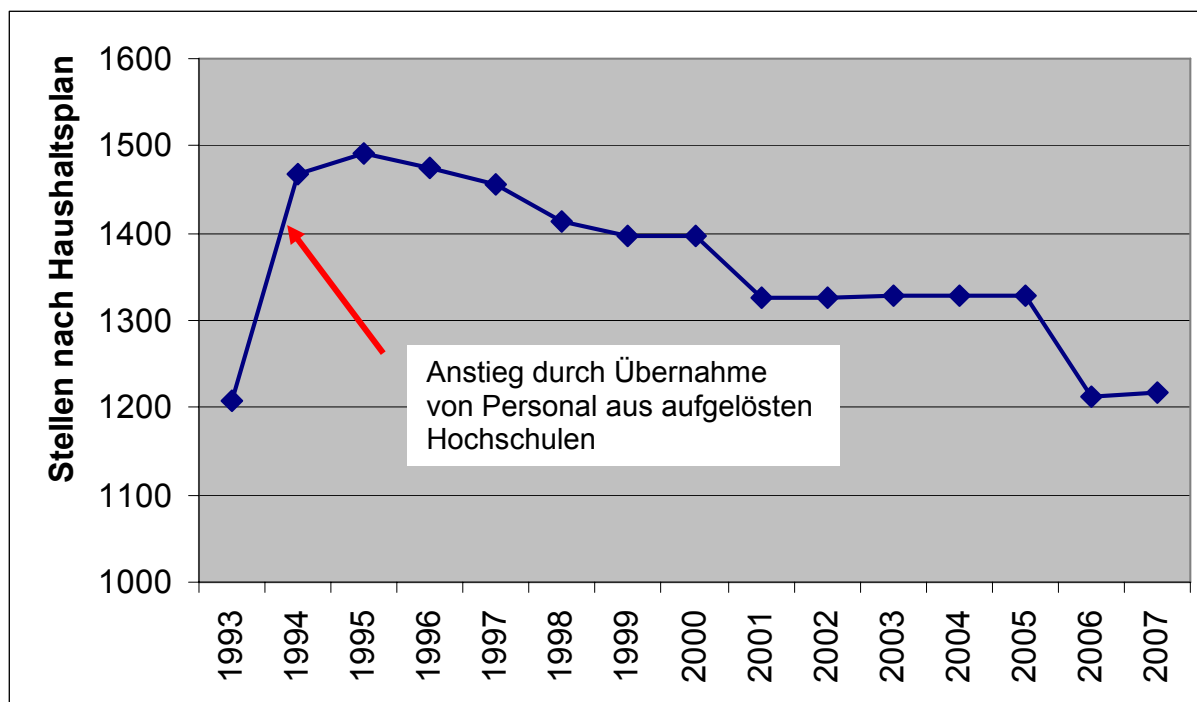


Abb. 14: Stellenentwicklung an der Otto-von-Guericke-Universität, ohne Medizin. Fakultät [3]

Die Fachhochschulen befanden sich seit 1993 in der Aufbauphase. Den ursprünglich geplanten Ausbaustand erreichten sie nicht. Seit 2003 werden auch an den Fachhochschulen Stellen abgebaut (Vgl. Abb. 15).

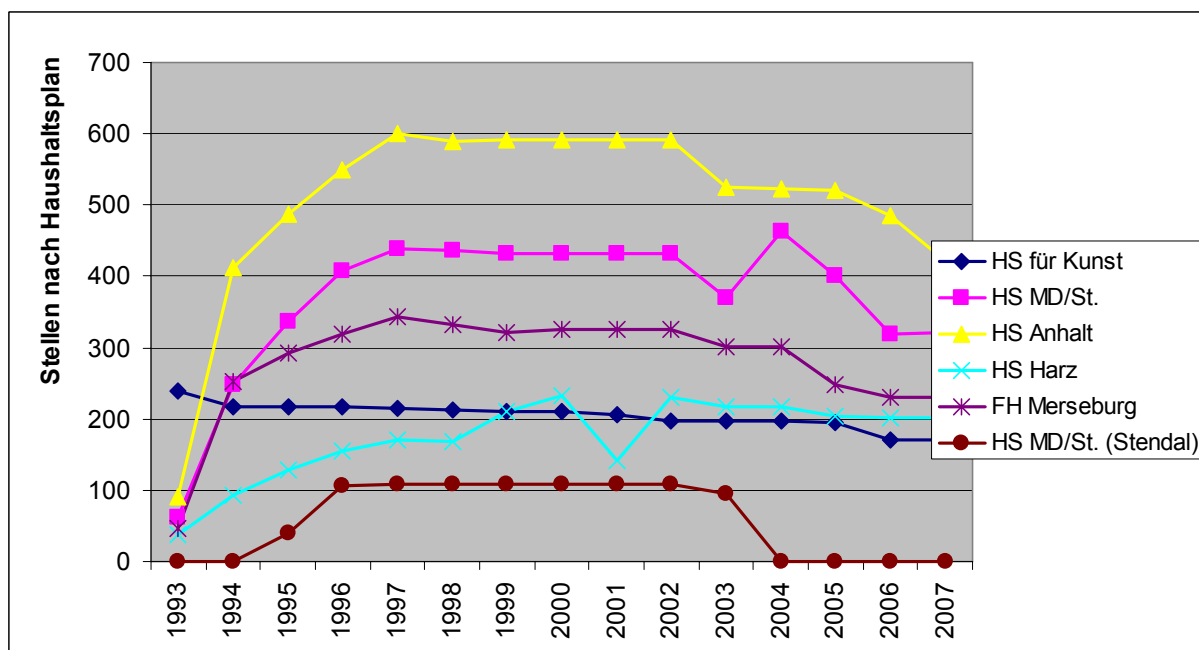


Abb. 15: Stellenentwicklung der Fachhochschulen sowie der Hochschule für Kunst und Design [3]

Tabelle 18: Stellenentwicklung nach den Haushaltsplänen für die Jahre 2001 bis 2007 an den Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt [3]

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
MLU	2451	2044	2051	2051	2033	1851	1852
MLU Med. Fak.	3306	3338	3333	774	650	650	650
HS für Kunst	207	197	198	198	195	170	171
OvG Med. Fak.	3502	3552	3432	710	566	565	561
OvG	1326	1326	1328	1329	1329	1213	1217
HS MD/St.	433	433	370	463	400	320	322
HS Anhalt	592	591	524	522	521	485	421
HS Harz	141	230	217	217	203	201	202
FH Merseburg	325	325	301	301	248	230	231
HS MD/St. (Stendal)	108	108	96	0	0	0	0
Summe	12391	12144	11850	6565	6145	5685	5627

Tabelle 18 stellt die Zusammenfassung aus den Stellenplänen, Bedarfsnachweisen und Stellenübersichten der Jahre 2001 bis 2007 für die Hochschulen des Landes dar. Im Gegensatz zu den o.g. Angaben des Finanzministers waren im Jahr 2005 nur 6.145 Stellen statt 13.963 im Haushaltsplan ausgewiesen. Der Unterschied beträgt immerhin 7.818 Stellen! Den Verfassern erschließen sich keine rationalen Lösungsansätze als Erklärung für die Unterschiede, außer die Stellenausstattung für die Hochschulen nach den Zahlen des Finanzministers ist falsch.

Auffällig ist nach Tabelle 18, dass zwischen den Jahren 2003 und 2004 offensichtlich ein verstärkter Stellenabbau vorgenommen wurde. Im Abschnitt „Entwicklung der Personalstellen im Landeshaushalt von Sachsen-Anhalt“ wurde darauf bereits aufmerksam gemacht. Tatsächlich sind die Kliniken der Medizinischen Fakultäten rechtlich zu Anstalten Öffentlichen Rechts verselbstständigt worden. Das heißt, die enorme Reduzierung der Stellen beruhte zum größten Teil auf dem Rechtsformwechsel und dem damit verbundenen Personalübergang. So lässt sich die Stellenreduzierung ab 2004 um 5.285 erklären. Das in die Anstalten überführte Personal gehörte vor 2004 in der Summe zwar zu den Landesbediensteten, wurde aber von den Krankenkassen finanziert. Wenn die durch das Land zu finanzierenden Stellen für die Hochschulen einer Betrachtung unterzogen werden, kann man für die Jahre vor 2004 mindestens die Summe von 5.281 ($MLU\ 3333-774=2.559$; $OvG\ 3432-710=2.722$, entspricht einer Summe von 5.281) Stellen in Abzug bringen.

9.2 Ausgaben für die Hochschulen in Sachsen-Anhalt

Die Darstellung der Ausgaben für die Hochschulen in Sachsen-Anhalt ist ohne Vergleichsdaten wenig aussagekräftig. Wie in Tabelle 19 dargestellt, ist die Gesamthöhe der Ausgaben im Jahr 2007 geringfügig niedriger als 1996. Zwischenzeitlich gab es große Schwankungen in der finanziellen Ausstattung.

Auch eine differenzierte Untersuchung der Ausgaben für die Universitäten sowie der Fachhochschulen bringt keine wesentlich neuen Erkenntnisse.

Die relative Konstanz der Ausgaben für die Hochschulen lässt vermuten, dass die Personalausgaben, trotz Stellenabbau, ebenfalls relativ gleich blieben. Dem Grunde nach wurden Erhöhungen bei den Vergütungen der Beschäftigten (Tariferhöhungen, inklusive der Anpassungsschritte Ost an West) durch Stellenabbau kompensiert. Dieser Deutungsversuch ist allerdings bei der Martin-Luther-Universität unzutreffend, weil bei ihr überdurchschnittlich Stellen abgebaut wurden.

Tabelle 19: Entwicklung der Ausgaben (Zuschüsse) für die Hochschulen (inkl. Medizin. Fakultäten und Kliniken) in Sachsen-Anhalt, Anteil an den Gesamtausgaben in € [3]

	Gesamthaushalt	Hochschulen	Anteil (%)
1996	10.367.199.603	396.687.596	3,83
1997	10.686.117.914	363.832.951	3,40
1998	10.541.836.969	382.817.269	3,63
1999	10.528.533.376	352.049.667	3,34
2000	10.624.879.923	353.774.970	3,33
2001	10.363.262.700	362.274.531	3,50
2002	10.572.994.000	376.708.200	3,56
2003	10.746.072.000	379.453.700	3,53
2004	10.768.612.300	344.271.500	3,20
2005	10.160.636.500	364.463.800	3,59
2006	10.087.585.600	388.918.800	3,86

Quelle: Haushaltspläne (2004, 2006 Nachtragshaushalt)

Die in Tabelle 19 dargestellten Ausgaben sind die tatsächlichen Zuschüsse für die Hochschulen. Nicht enthalten sind zum Beispiel Zuschüsse für Studentenwerke, Allgemeine Bewilligungen und Sonstiges. Der Anlage beigefügt sind die Zuschüsse für alle Hochschulen des Landes von 1996 bis 2007 (siehe Tab. 25).

Die dargestellten Ausgaben in den folgenden Abschnitten (bundesweiter Vergleich) enthalten diese Zusatzkosten. Inklusive Zusatzkosten würde der Anteil der Hochschulausgaben am Gesamthaushalt des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 2006 ca. 5,4 Prozent betragen.

9.3 Studierende

Die Studierendenzahlen an den Hochschulen Sachsens-Anhalts sind im Gegensatz zu den Personalstellen kontinuierlich angestiegen (Tab. 20, Abb. 16). In vielen Bereichen muss bereits eine Aufnahmeeinschränkung durchgesetzt werden, weil die Ausstattungskapazitäten nicht mehr ausreichen.

Tabelle 20: Entwicklung der Studierendenzahlen an den Hochschulen Sachsen-Anhalts [13,14]

	WS 200/01	WS 2001/02	WS 2002/03	WS2003/04	WS2004/05
MLU	13.836	14.286	15.209	17.355	18.546
HS für Kunst	915	868	975	990	1.003
OvG	8.547	9.316	9.966	11.175	12.611
HS MD/St.	4.431	4.680	5.119	5.899	6.575
HS Anhalt	5.000	5.227	5.489	6.158	6.443
HS Harz	2.300	2.791	2.790	3.106	3.082
FH Merseburg	2.752	3.153	3.285	3.456	3.616
Summe	37.781	40.321	42.833	48.139	51.876

Quelle: Faltblätter des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt

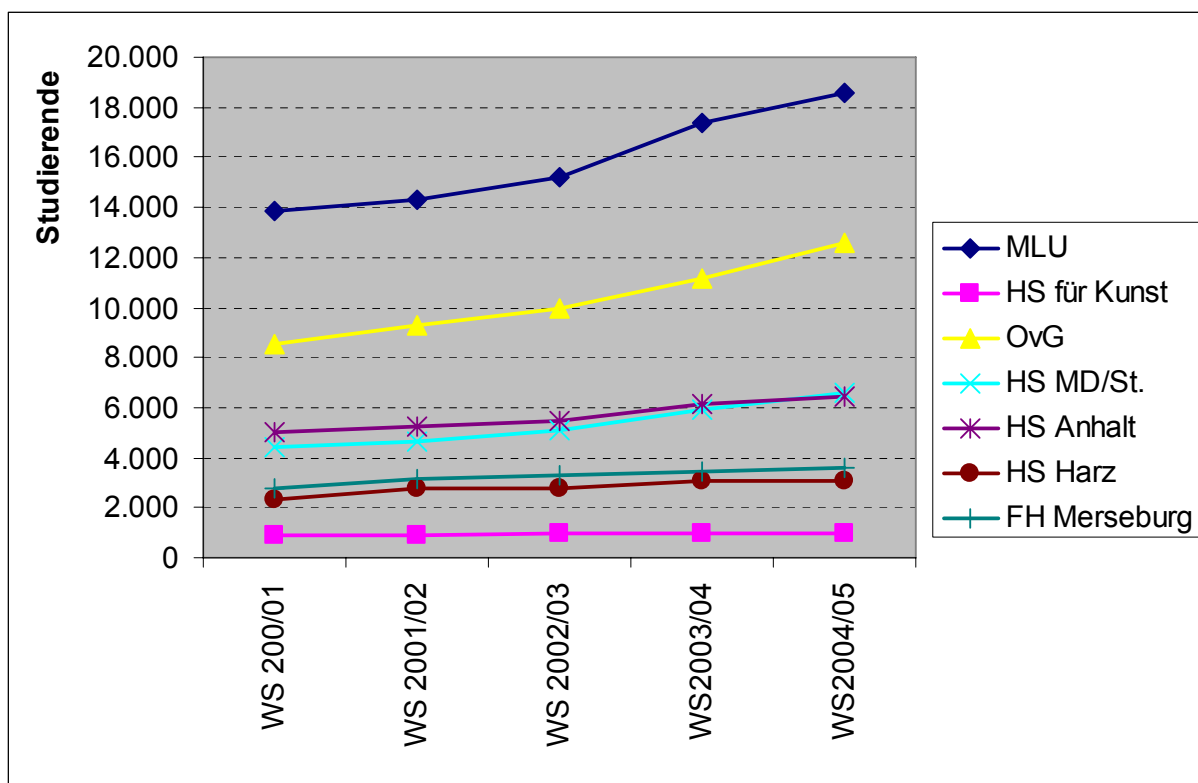


Abb. 16: Studierende an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt [13,14]

Die Betreuungsrelationen an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt (2004 und 2005) lagen bei 18 Studierenden je wissenschaftliches Personal an den Universitäten und erreichen an den Fachhochschulen einen Wert von über 30.

Tabelle 21: Anzahl der Studierenden je wissenschaftliches Personal [13,14,3]

	Stellen für wissenschaftliches Personal*2)														Studierende je wiss. Personal	
	2004							2005							2004	2005
	C4	C3	C2	C1	Ia	Ib	IIa/b	C4	C3	C2	C1	Ia	Ib	IIa/b		
MLU	187	142	52	210	16	77	433	186	136	51	206	16	77	430	15,54	16,83
HS für Kunst	13	26	37	8	13	8	17	13	26	34	8	13	8	17	8,11	8,43
OvG	109	62	72	151	36	103	184	109	62	72	136	36	103	183	15,59	17,99
HS MD/St.	0	133	89	0	0	0	44	0	109	72	0	0	0	37	22,18	30,16
HS Anhalt	0	129	87	0	1	1	51	0	129	87	0	1	1	51	22,89	23,95
HS Harz	0	59	36	0	0	0	19	0	59	36	0	0	0	19	27,25	27,04
FH Merseburg	0	75	50	0	0	0	25	0	58	37	0	0	0	25	23,04	30,13
Summe / Mittelwert	309	626	423	369	66	189	773	308	579	389	350	66	189	762	17,47	19,63

*1) Stat. Landesamt

*2) Haushaltsplan 2005,2006

9.4 Vergleich mit anderen Bundesländern

Tabelle 22: Anteil der Hochschulausgaben am Gesamthaushalt, Vergleich der Bundesländer (Flächenländer) 2006 [3]

Bundesland	Anteil HS-Ausgaben (%)
Brandenburg	2,8
Schleswig-Holstein	4,6
Sachsen-Anhalt	5,4
Thüringen	5,4
Mecklenburg-Vorpommern	5,5
Rheinland-Pfalz	6,6
Sachsen	7,4
Hessen	7,7
Saarland	7,9
Niedersachsen	8,2
Bayern	8,6
Nordrhein-Westfalen	8,6
Baden-Württemberg	8,8

Während Baden-Württemberg 8,8 % des Gesamthaushaltes für Hochschulen (ca. 2,8 Mrd. €) ausgibt, erreicht Brandenburg nur 2,8 %. (283 Mio. €). **Sachsen-Anhalt belegt Platz 11 von 13 im Vergleich der Flächenländer.**

Der Anlage beigefügt sind die Ausgaben der Bundesländer in Euro, aufgeschlüsselt nach Hochschultypen (Tab. 26).

Der Anteil der Hochschulausgaben an den Gesamtausgaben in den neunten Bundesländern ist grundsätzlich niedriger (5,3 %) als in den alten Bundesländern (7,6 %).

Die Position des Landes Sachsen-Anhalt kann sich nur günstiger gestalten, wenn der

Handlungsbedarf bei der Haushaltskonsolidierung nicht in der Kürzung der Ausgaben für die Hochschulen gesehen wird (Vgl. Abschnitt 2).

Die Aufgliederung der Ausgaben je Einwohner auf die Hochschultypen ergibt im Vergleich der Bundesländer ein sehr differenzierteres Bild.

Tabelle 23: Ausgaben je Einwohner, aufgeteilt auf die Hochschultypen, Vergleich der Bundesländer (eigene Zusammenstellung aus [3])

Bundesland	Ausgaben 2006 je Einwohner in € für:				
	Hochschulen	Hochschulen ohne Kliniken	Universitäten ohne Kliniken	Hochschul-kliniken	Fach-hochschulen
Baden-Württemberg	260	156	126	54	28
Bayern	241	177	146	51	24
Brandenburg	111	98	67	0	27
Hessen	281	231	191	12	35
Mecklenburg-Vorpommern	225	159	126	48	30
Niedersachsen	227	164	129	37	30
Nordrhein-Westfalen	230	171	136	50	28
Rheinland-Pfalz	187	137	105	22	31
Saarland	249	189	165	34	16
Sachsen	273	211	164	46	35
Sachsen-Anhalt	216	135	96	53	33
Schleswig-Holstein	174	97	70	59	22
Thüringen	216	152	115	46	32
Mittelwert	222	160	126	39	28
Mittelwert ABL	231	165	133	40	27
Mittelwert NBL	208	151	114	38	31

Aus Tabelle 23 geht hervor, dass Sachsen-Anhalt bei den Ausgaben je Einwohner für die Hochschulen, inklusive Hochschulmedizin, leicht über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer liegt (Abb. 17). Das Land Brandenburg weist die niedrigsten Ausgaben aus. Dies liegt größtenteils daran, dass Brandenburg keine Hochschulkliniken unterhält. Der besonders niedrige Wert Brandenburgs drückt damit den Gesamtdurchschnitt erheblich.

Sachsen-Anhalts Ausgaben je Einwohner für Hochschulen ohne Hochschulmedizin gehören zu den niedrigsten bundesweit (Abb. 18).

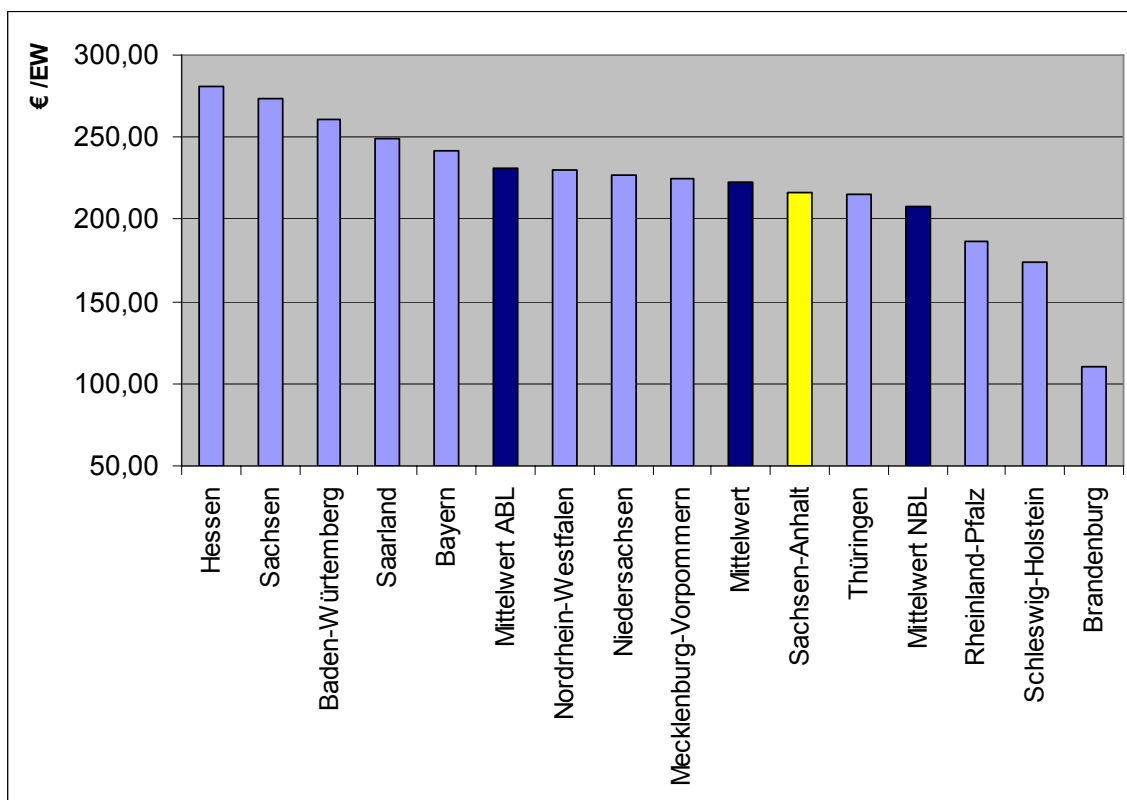


Abb. 17: Ausgaben je Einwohner für die Hochschulen, inklusive Hochschulmedizin, Vergleich der Bundesländer (Flächenländer) [3] (nach Tab.3)

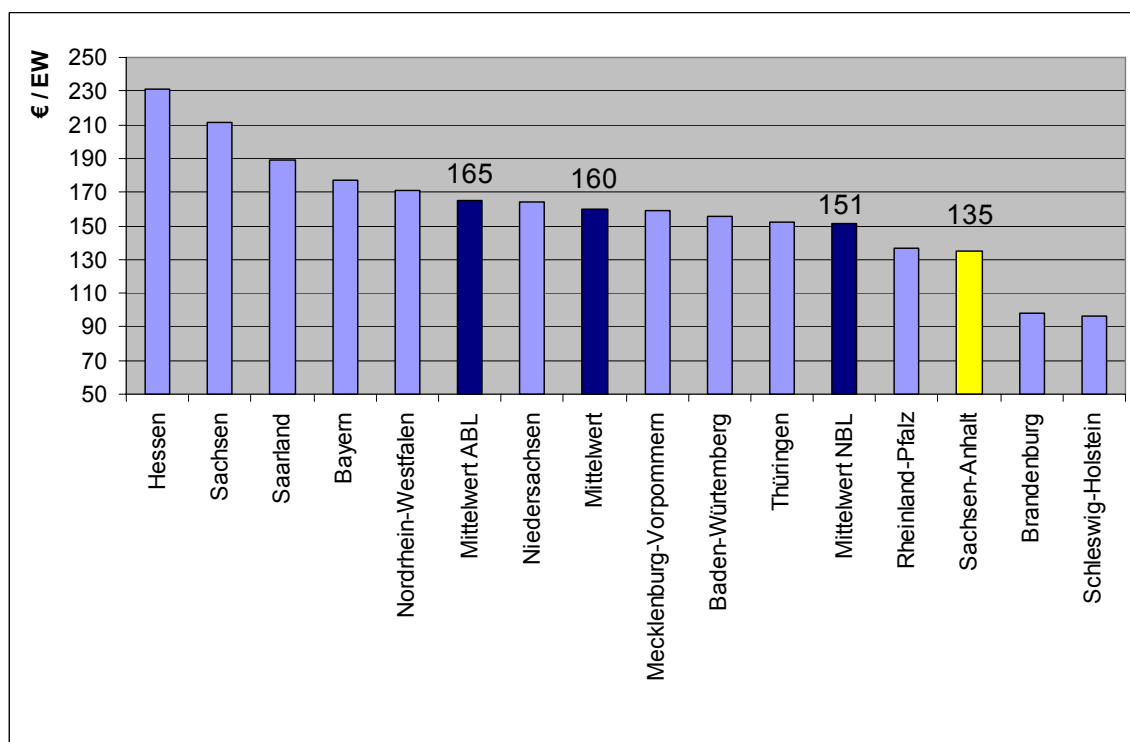


Abb. 18: Ausgaben je Einwohner für die Hochschulen, ohne Hochschulmedizin, Vergleich der Bundesländer (Flächenländer) [3] (nach Tab. 3)

Für Universitäten gibt Sachsen-Anhalt lediglich 96 Euro je Einwohner aus. Nur Schleswig-Holstein und Brandenburg haben noch weniger Ausgaben je Einwohner (Abb. 19).

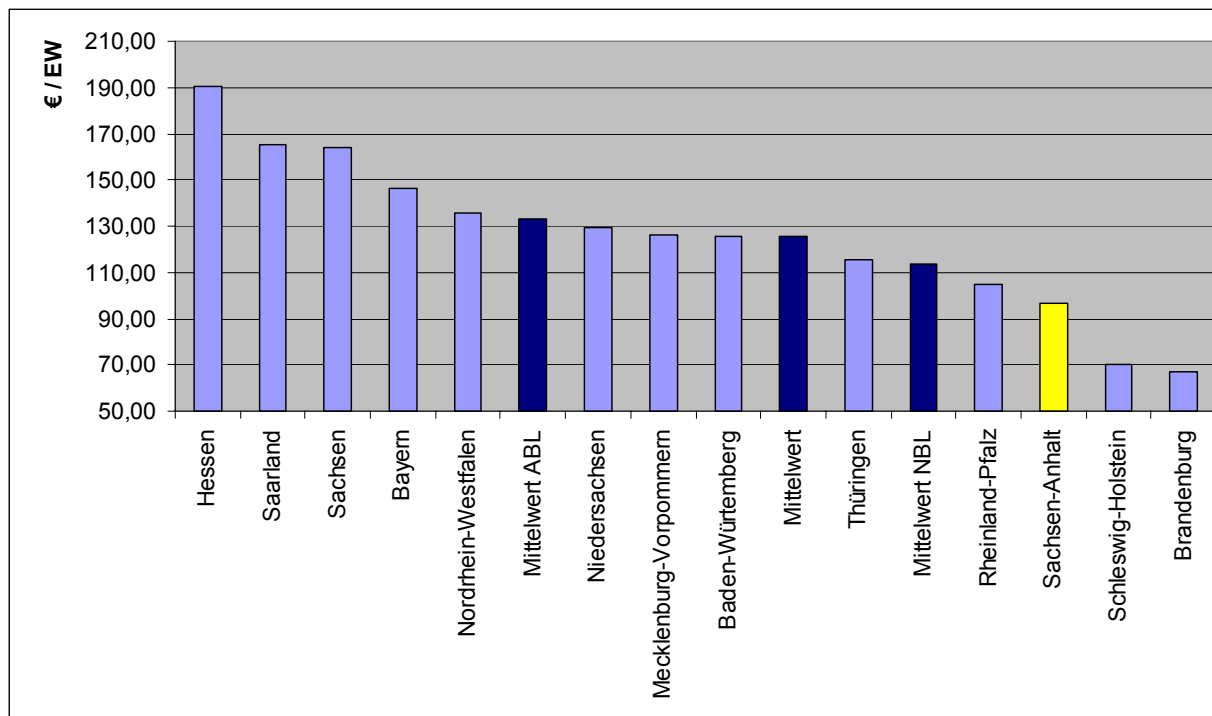


Abb. 19: Ausgaben je Einwohner für die Universitäten, ohne Hochschulmedizin, Vergleich der Bundesländer (Flächenländer) [3]

Relativ komfortabel ist die Höhe der Zuschüsse für die Universitätskliniken (Abb. 20). Deshalb muss dies aber nicht bedeuten, dass die Medizin. Fakultäten üppig ausgestattet sind. Sachsen-Anhalt hat zwei Hochschulkliniken. Daraus ergeben sich im Verhältnis zu den Bevölkerungszahlen entsprechend hohe Ausgaben.

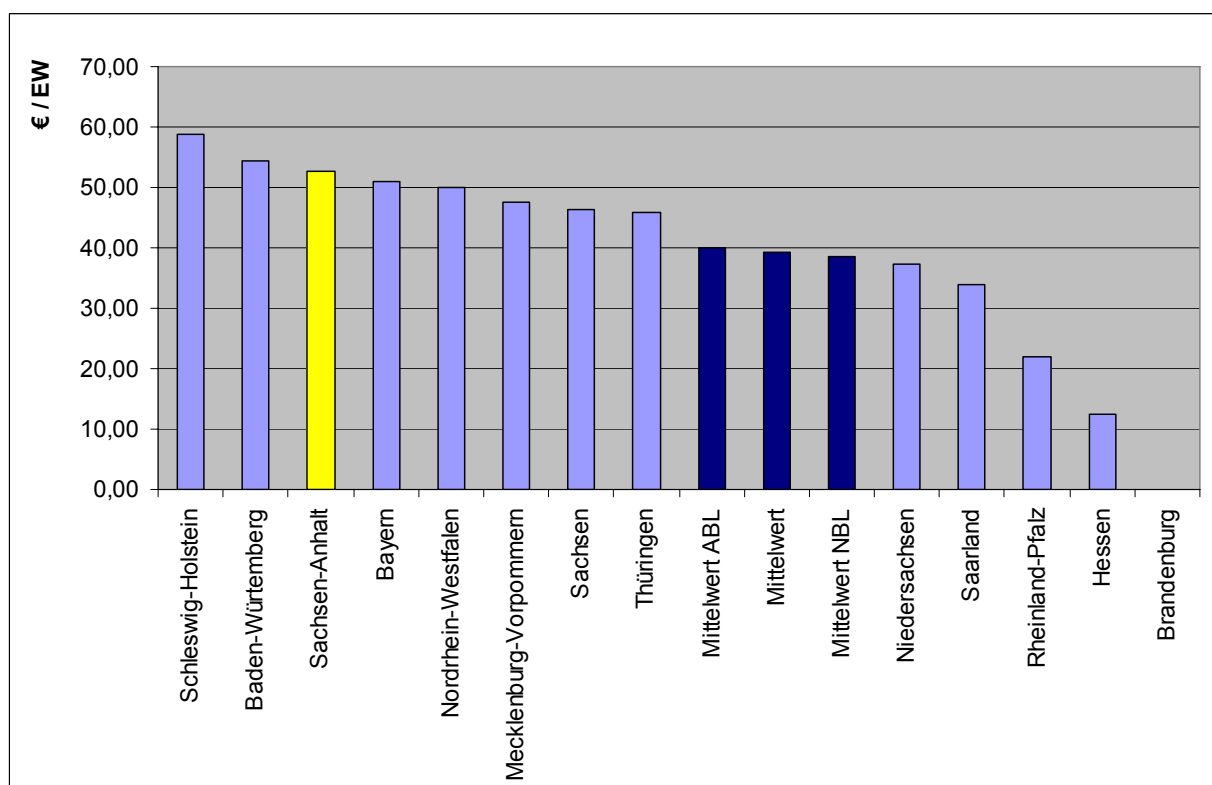


Abb. 20: Ausgaben je Einwohner für die Hochschulmedizin, Vergleich der Bundesländer (Flächenländer) [3]

Ebenfalls bei den Fachhochschulen belegt Sachsen-Anhalt einen vorderen Platz im Vergleich mit anderen Bundesländern. Auch dieses Ergebnis kann sehr unterschiedlich interpretiert werden. Die hohe Zahl an Fachhochschulen in Sachsen-Anhalt ist möglicherweise ein Ausweichen auf kostengünstige Hochschulen (Abb. 21).

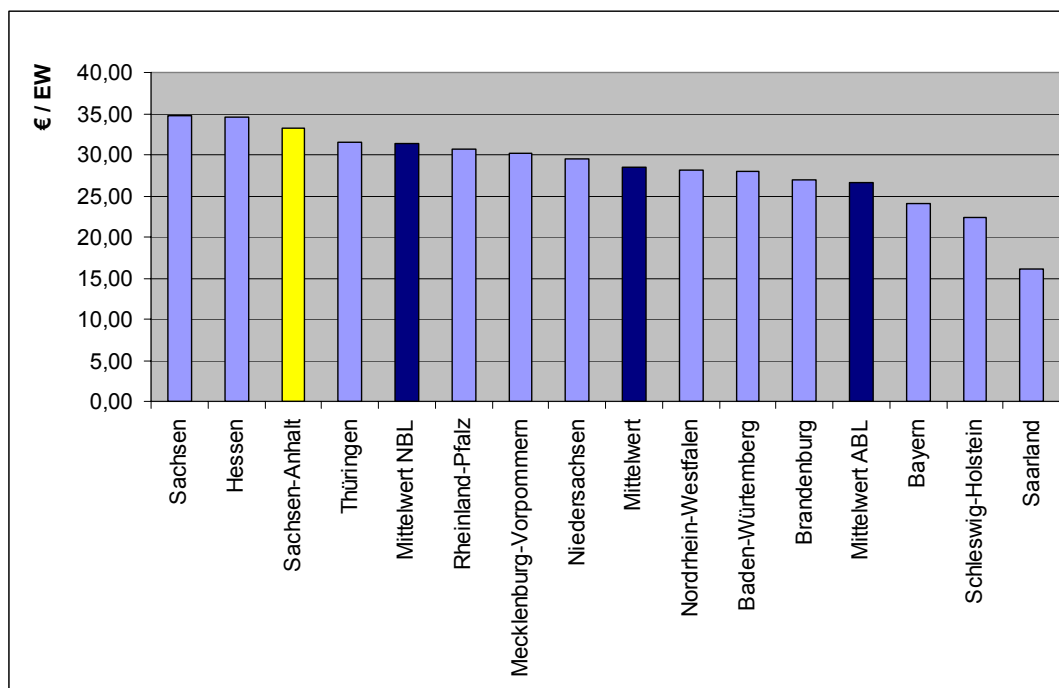


Abb. 21: Ausgaben je Einwohner für die Fachhochschulen, Vergleich der Bundesländer (Flächenländer) [3]

Die Betrachtung der Hochschulausgaben je Einwohner hat verdeutlicht, dass Sachsen-Anhalt im bundesweiten Vergleich differenziert zu sehen ist. Die Ausgaben für die Hochschulen ohne Medizin (Medizin. Fakultäten und Kliniken), insbesondere die für die Universitäten liegen erheblich unter den bundesweiten Mittelwerten. Dagegen sind die Ausgaben je Einwohner für die Medizin. Fakultäten inkl. Zuschüsse für die Kliniken und für die Fachhochschulen über dem Durchschnitt.

Diese Ergebnisse wurden auch durch das „Gutachten zur Ermittlung haushaltrelevanter Kennziffern“ [11] bestätigt. Für die Hochschulen wird insgesamt ein Defizit errechnet, für Universitäten und Kunsthochschulen beträgt das Defizit 64 Mio. Euro auf der Basis der Einwohnerzahlen. Nur bei den Fachhochschulen und den Medizin. Fakultäten (nicht in Tabelle 24 enthalten) sieht die Bilanz positiv aus (Vgl. Tab. 23)

Tabelle: 24 Mehrausgaben im Hochschulbereich von Sachsen-Anhalt im Vergleich zum FFW-Durchschnitt (FFW = Finanzschwache Flächenländer West) im Jahr 2004 auf Basis der Jahresstatistik [11]

	Insgesamt	Fachhochschulen	Universitäten, Kunsthochschulen
Mehrausgaben auf Basis der Einwohnerzahlen	- 43 Mio. Euro	18 Mio. Euro	- 64 Mio. Euro
Mehrausgaben auf Basis der Studierendenzahlen	- 83 Mio. Euro	1 Mio. Euro	- 84 Mio. Euro
Studierende je 1000 EW			
Sachsen-Anhalt	20,8	8,0	12,8
FFW	19,9	6,4	13,4
Ausgaben je Student			
Sachsen-Anhalt	ca. 6.100 Euro	ca. 4.300 Euro	ca. 6.600 Euro
FFW	ca. 7.200 Euro	ca. 4.300 Euro	ca. 8.100 Euro

10 Zusammenfassung

Die Feststellungen und Überlegungen zu den Personalausgaben des Landes Sachsen-Anhalt führen zu dem Ergebnis, dass diese, entgegen der verbreiteten Meinung in der Politik und in der Öffentlichkeit, nicht zu hoch sind. **Im Gegenteil, nach Vergleichen mit anderen Bundesländern gehört Sachsen-Anhalt zu den Bundesländern mit den geringsten Ausgaben für das Personal. Selbst bei einer Abschmelzung der Gesamtausgaben bis 2020 und unter Berücksichtigung dessen, dass bis 2010 eine Angleichung der Vergütungen an das „West-Niveau“ stattfinden wird sowie die Versorgungsaufwendungen für ehemalige Beamte weit unter dem Niveau der alten Bundesländer bleiben werden, kann bei den Personalausgaben nicht von einer Entwicklung gesprochen werden, die zu Besorgnissen Anlass gibt.**

Die Ausgaben für das Landespersonal von Sachsen-Anhalt (2006) ergaben 957 Euro je Einwohner. Entgegen der Auffassung des zuständigen Finanzministers [10] sind die Personalausgaben für Sachsen-Anhalt weit unter denen der „finanzschwachen Flächenländer West“, deren Mittelwert bei 1124 Euro liegt.

Für Ländervergleiche können nur die tatsächlichen Personalstellen im jeweiligen Landeshaushalt die Basis bilden. Folglich verfügt Sachsen-Anhalt über 20,3 Stellen je Einwohner. Damit liegt das Land im Bereich des Mittelwertes aller Bundesländer und an niedrigster Stelle im Vergleich zu den neuen Bundesländern.

Völlig unklar ist die Methode zur Einrechnung des Stenumfangs, der in die Titelgruppen 96 Eingang gefunden hat, sowie der Stellen von Einrichtungen, die mit Wirtschaftsplänen ausgestattet sind. Nur unter Hinzurechnung dieser Stellenzahlen, würde Sachsen-Anhalt einen Bestand von 63.627 Stellen für das Jahr 2006 [10] aufweisen. Damit würde die Zahl der Stellen je 1.000 Einwohner auf 25,5 steigen. Ein Vergleich unter Einbeziehung des Stenumfangs in den Titelgruppen 96 und der Stellen in den Wirtschaftsplänen mit anderen Bundesländern ist aus systematischen Gründen nicht möglich.

Der prognostizierte Bevölkerungsrückgang [10], der selbst bei Experten umstritten ist, kann nicht in die künftige Stellenentwicklung einbezogen werden. Auf Grund dessen ist eine Ableitung zur künftigen Stellenausstattung im Land wenig plausibel.

Die Horrorgemälde in der Öffentlichkeit wegen der künftigen Belastungen bei den Versorgungsaufwendungen für ehemalige Beamte ist unsachgerecht, da die nachgewiesenen Daten etwas anderes aufzeigen. Sachsen-Anhalts Versorgungsaufwendungen bis 2020 liegen, wie dokumentiert wurde, weit unter denen der alten Bundesländer.

Die weiteren Kürzungsabsichten bei den Hochschulen sind unklar, da diese eher unterfinanziert sind. Das dort beschäftigte Personal kann nicht pauschal in die Landesstatistik einfließen, da hier zu einer anderen Veranschlagungssystematik gegriffen wurde (Zahlung von Zuschüssen aus dem Landeshaushalt).

Die zwingende Notwendigkeit für einen weiteren Stellenabbau kann aus den bekannten Daten nicht hergeleitet werden. In den Jahren bis 2010 wird sich entsprechend der „Mittelfristigen Finanzplanung“ des Landes Sachsen-Anhalt an den Gesamteinnahmen wenig ändern.

Die Daten, die von den Verfassern herangezogen worden sind, ergeben sich aus amtlichen Daten, die allgemein zugänglich sind.

Im Land Sachsen-Anhalt wird mehr Sachaufklärung über die vorliegenden Daten und Aufklärung über die tatsächlichen Zusammenhänge benötigt. Die vorgelegten Feststellungen und Überlegungen sollen dazu beitragen.

Verzeichnis der Abkürzungen:

Abb.:	Abbildung
ABL:	alte Bundesländer
BL:	Bundesländer
EP:	Einzelplan
EW:	Einwohner
FFW:	Finanzschwache Flächenländer Westdeutschland
FH:	Fachhochschule
HS:	Hochschule
HS MD/St.:	Hochschule Magdeburg / Stendal
HP:	Haushaltsplan
HPE:	Haushaltsplanentwurf
inkl.:	inklusive
LHO:	Landeshaushaltsordnung
LSA:	Land Sachsen-Anhalt
MLU:	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
MLU Med. Fak.:	Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Mrd.:	Milliarde
MZ:	Mitteldeutsche Zeitung
NBL:	neue Bundesländer
o.g.:	oben genannt
OvG:	Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
OvG Med. Fak.:	Medizinische Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
StSt:	Stadtstaaten
sog.:	sogenannten
VbE:	Vollbeschäftigteneinheit
vgl.:	Vergleich

Übersicht über die Tabellen

Tabelle 1:	Die Gesamtausgaben des Landes Sachsen-Anhalt für die Jahre 1993 bis 2006
Tabelle 2:	Wesentliche Einnahmeblöcke (in Mrd. Euro) zum Landeshaushalt Sachsen-Anhalt entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung
Tabelle 3:	Entwicklung der Ausgaben des Landes Sachsen-Anhalt
Tabelle 4:	Verhältnis der Gesamtausgaben der Bundesländer (Flächenländer) zu den Einwohnerzahlen
Tabelle 5:	Verhältnis der Gesamtausgaben der Bundesländer (Flächenländer) zur Fläche (Ausgaben je km ²)
Tabelle 6:	Die Einwohnerzahlen der Bundesländer
Tabelle 7:	Personalausgaben der Bundesländer (flächenländer) in Relation zu den Bevölkerungszahlen
Tabelle 8:	Stellenabbau 1991 – 2007 in LSA
Tabelle 9:	Stellenabbau 2001 – 2006 in LSA
Tabelle 10:	Personalstellen je 1.000 Einwohner im Jahr 2005, Vergleich der Flächenländer
Tabelle 11:	Personalstellen je km ² im Jahr 2005, Vergleich der Bundesländer (Flächenländer)
Tabelle 12:	Prognose der Versorgungsausgaben bis 2020 in Sachsen-Anhalt
Tabelle 13:	Die Strukturdaten der Länderhaushalte 2006
Tabelle 14:	Personalausgabenquoten der Bundesländer 2006 – 1999
Tabelle 15:	Steuerdeckungsquoten der Bundesländer 2006 – 1997
Tabelle 16:	Investitionsquoten der Bundesländer 2006 – 1999
Tabelle 17:	Zinsausgabenquoten der Bundesländer 2006 – 1999
Tabelle 18:	Stellenentwicklung nach den Haushaltsplänen für die Jahre 2001 bis 2007 an den Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt
Tabelle 19:	Entwicklung der Ausgaben (Zuschüsse) für die Hochschulen (inkl. Medizin. Fakultäten und Kliniken) in Sachsen-Anhalt, Anteil an den Gesamtausgaben in €
Tabelle 20:	Entwicklung der Studierendenzahlen an den Hochschulen Sachsen-Anhalts
Tabelle 21:	Anzahl der Studierenden je wissenschaftliches Personal
Tabelle 22:	Anteil der Hochschulausgaben am Gesamthaushalt, Vergleich der Bundesländer (Flächenländer) 2006
Tabelle 23:	Ausgaben je Einwohner, aufgeteilt auf die Hochschultypen Vergleich der Bundesländer (Flächenländer) 2006
Tabelle 24:	Mehrausgaben im Hochschulbereich von Sachsen-Anhalt im Vergleich zum FFW-Durchschnitt (FFW = Finanzschwache Flächenländer West) im Jahr 2004 auf Basis der Jahresstatistik
Tabelle 25:	Zuschüsse an die Hochschulen in Sachsen-Anhalt 1996 bis 2007
Tabelle 25:	Ausgaben für Hochschulen, aufgeschlüsselt nach Hochschultypen 2006, Vergleich der Bundesländer (Flächenländer)

Übersicht über Abbildungen

- Abb. 1: Gesamtausgaben je Einwohner 2006 nach Bundesländern (Flächenländer)
- Abb. 2: Gesamtausgaben und Personalausgaben der Bundesländer (Flächenländer) 2006 in Mrd. €
- Abb. 3: Personalausgaben je Einwohner in den Flächenländern für die Jahre 2005 und 2006
- Abb. 4: Entwicklung der Anzahl der Personalstellen im Land Sachsen-Anhalt
- Abb. 5: Personalstellen (Landespersonal) je 1.000 Einwohner im Jahr 2005, Vergleich der Bundesländer (Flächenländer)
- Abb. 6: Personalstellen (Landespersonal) je km² im Jahr 2005, Vergleich der Bundesländer (Flächenländer)
- Abb. 7: Vergleich der Haushaltsstrukturen Bayern – Sachsen-Anhalt
- Abb. 8: Personalausgabenquote der Bundesländer 2006
- Abb. 9: Personalausgabenquote Sachsen-Anhalt im Vergleich mit Mittelwerten
- Abb. 10: Steuerdeckungsquoten der Bundesländer 2006
- Abb. 11: Investitionsquoten der Bundesländer 2006
- Abb. 12: Zinsausgabenquoten der Bundesländer 2006
- Abb. 13: Stellenentwicklung an der Martin-Luther-Universität, ohne Medizin. Fakultät
- Abb. 14: Stellenentwicklung an der Otto-von-Guericke-Universität, ohne Medizin. Fakultät
- Abb. 15: Stellenentwicklung der Fachhochschulen sowie der Hochschule für Kunst und Design
- Abb. 16: Studierende an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt
- Abb. 17: Ausgaben je Einwohner für die Hochschulen, inklusive Hochschulmedizin, Vergleich der Bundesländer (Flächenländer)
- Abb. 18: Ausgaben je Einwohner für die Hochschulen, ohne Hochschulmedizin, Vergleich der Bundesländer (Flächenländer)
- Abb. 19: Ausgaben je Einwohner für die Universitäten, ohne Hochschulmedizin, Vergleich der Bundesländer (Flächenländer)
- Abb. 20: Ausgaben je Einwohner für die Hochschulmedizin, Vergleich der Bundesländer (Flächenländer)
- Abb. 21: Ausgaben je Einwohner für die Fachhochschulen, Vergleich der Bundesländer (Flächenländer)

Literaturverzeichnis:

- [1] Strukturdaten der Länderhaushalte der Jahre 1999 bis 2006 (Bundesfinanzministerium)
- [2] „Jahresbericht Personal 2001“ (Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt, erstellt durch die Oberfinanzdirektion Magdeburg – Landesleitstelle für Bezügefragen)
- [3] Haushaltspläne der Bundesländer in Deutschland für die Jahre 2005 und 2006 Finanzministerien der Länder, (Bezugsquelle Internet)
 - 1. Nordrhein-Westfalen; Haushaltsplan 2006, Haushaltsübersichten für die Haushaltsjahre 2005 und 2006; Gruppierungsübersicht; EP 06; (<http://www.fm.nrw.de/cgi-bin/fm/custom/pub/content.cgi?lang=1&ticket=guest&oid=1198>)
 - 2. Bayerischer Staatshaushalt; Ausgaben des Freistaates Bayern im Haushaltsjahr 2005 / 2006 nach Ausgabearten, Funktionsübersichten, Personalübersichten; EP 15; (http://www.stmf.bayern.de/default.asp?url=haushalt/im_vergleich/)
 - 3. Baden-Württemberg; Anlage zum Staatshaushaltsgesetz; Gesamtplan; Haushaltsübersichten für die Haushaltsjahre 2005 und 2006; EP 14; (<http://www.statistik-bw.de/shp/2005-06/>)
 - 4. Niedersachsen; Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2005, 2006; Gesamtplan; Haushaltsübersichten für die Haushaltsjahre 2005 und 2006; EP 06; (http://www.mf.niedersachsen.de/master/C25192_N10425_L20_D0_I617.html)
 - 5. Hessen; Haushaltsplan 2005, 2006 Teil I Haushaltsübersicht; A Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne; EP 15; (<http://www.hmdf.hessen.de/>)
 - 6. Sachsen; Eckwerte zum Doppelhaushalt 2005 / 2006; Ausgaben des Freistaates Sachsen im Haushaltsplanjahr 2005 / 2006; EP 12; (<http://www.smf.sachsen.de/sites/de/haushalt/index.html>)
 - 7. Rheinland-Pfalz; Eckwerte Landeshaushalt 2005 / 2006; Haushaltspläne 2005 u. 2006 (Vorheft); EP 15; (http://www.fm.rlp.de/Finanzen/fr_Finanzen.htm)
 - 8. Berlin, Haushalt; Anlage 1 Gruppierungsübersicht 2006 / 2007; (<http://www.berlin.de/sen/finanzen/haushalt/>)
 - 9. Schleswig Holstein; Haushalt Gruppierungsübersicht 2005 / 2006; Eckdaten der Haushaltsvorlage 2007 / 2008; EP 06; (http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Kategorien/Ministerien/FM/Landeshaushalt/Landeshaushalt__Treffer.html)
 - 10. Brandenburg; Landeshaushalt Teil I Haushaltsübersicht 2006 Gesamtplan; Ausgaben je Einzelplan 2004 – 2006; EP 06; (http://www.brandenburg.de/cms/list.php?page=mdf_site&_siteid=8)
 - 11. Sachsen-Anhalt; Haushaltsplan, Haushaltsübersichten, EP 06 1993- 2007 (2007 Entwurf); (<http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=pg0wl24qspcc>)
 - 12. Thüringen; Landeshaushaltsplan 2006/2007; EP 04; (<http://www.thueringen.de/de/tfm/haushalt/>)
 - 13. Hamburg; Bereinigte Gesamtausgaben 2005 nach Einzelplänen und nach Arten; Vorbericht zum Haushaltsplan; (<http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/behoerden/finanzbehoerde/haushalt/haushalt-2005-06/start.html>)
 - 14. Mecklenburg-Vorpommern; Haushaltsplan 2006/2007, Vorbericht; EP 07; (http://www.fm.mv-regierung.de/pages/doksystem_hhplan0405_1.htm)
 - 15. Saarland; Haushaltsplan 2007 (Vorbericht); EP 06; (http://www.saarland.de/haushalt_finanzen.htm)
- [4] Mitteldeutsche Zeitung (MZ), Ausgabe Merseburg-Querfurt, 15. -17. Jahrgang
 - 1. 27.02.2004 „Richtschnur heißt Konzentration – Bullerjahn fordert Bündelung der Kräfte“ UTE ALBERSMANN
 - 2. 16.08.2006 „Land plant Fonds für Beamtenversorgung“ HENDRIK KRANERT

3. 31.08.2006, „Land schnallt Gürtel enger“ MZ/hk.
 4. 26.10.2006, „Bullerjahn legt Sparkurs fest“ KAI GAUSELMANN
 5. 27.10.2006, „Wirbel um Sparpläne des Finanzministers“ KAI GAUSELMANN
 6. 31.01.2006 „Solidarpakt-Geld wird nicht vergeudet“ TORSTEN KLEDITZSCH
 7. 15.02.2006 „Rehberger sagt mehr Einwohner voraus“ MZ/zö
 8. 21.11.2006 „Einwohner-Rückgang weniger dramatisch“ HENDRIK KRANERT
 9. 22.12.2006 „Finanzen in Sachsen-Anhalt – Warnung vor der Pleite“ WALTER ZÖLLNER
 10. 22.12.2006 „Studie greift Kommunen an“ KAI GAUSELMANN
 11. 24.09.2005 „Millionenloch bei Pensionen – Rechnungshof: Hohe Ausgaben für Beamte“ KAI GAUSELMANN
- [5] „Haushaltsplanentwurf 2007“ Pressemitteilung Nr. 333/06 (Staatskanzlei Sachsen-Anhalt, 18.Juli 2006)
 - [6] Diskussionspapier „Zukunft Sachsen-Anhalt“ Dr. Lydia Hüskens, Stand 05.10.04
 - [7] „Mittelfristige Finanzplanung 2006 – 2010“ Ministerium der Finanzen Sachsen-Anhalt (www.financeplanung.sachsen-anhalt.de), 2006
 - [8] „Projektion der Haushaltsentwicklung bis 2020“ Ministerium für Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt, Referat 21, Stand: August 2006
 - [9] Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (erstellt vom Ministerium der Finanzen, Drucksache 4/2306 vom 14.07.2005)
 - [10] Grundlagen für ein Personalentwicklungskonzept Sachsen-Anhalt 2006 – 2020; Finanzministerium des Landes Sachsen-Anhalt; Stand 17.10.2006
 - [11] „Gutachten zur Ermittlung haushaltrelevanter Kennziffern“, Endbericht, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, 13.12.2006
 - [12] Gesetz über das Sondervermögen „Pensionsfonds für die Versorgung und Beihilfen der Versorgungsempfänger des Landes Sachsen-Anhalt“ (Pensionsfondsgesetz), vom 6. Dezember 2006 (GVBl. LSA Nr. 35/2006, ausgegeben am 14.12.2006)
 - [13] Pensionslasten und Pensionsfonds, von Werner Schieder, Wolfgang Lieb; Juni 2006; Internet: „Nachdenken – Die kritische Webseite“
 - [14] Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage (KA 4/7005) zur schriftlichen Beantwortung „Personalausstattung bei der allgemeinen Landesverwaltung“; Drucksache 4/2307 ausgegeben am 14.07.2005
 - [15] Bayern beugt Kostenexplosion bei Beamtenpensionen vor, Kabinett will Aufbau eines Fonds beschließen; WELT am 18. Juli 2006
 - [16] Die Einwohnergewichtung auf Länderebene im Länderfinanzausgleich; Kurzfassung; ifo Institut für Wirtschaftsforschung; Gutachten im Auftrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen; Januar 2001
 - [17] Unterrichtung durch die Landesregierung; Konzept zur mittelfristigen Personalentwicklung der Polizei in Mecklenburg-Vorpommern; Landtag Mecklenburg-Vorpommern; Drucksache 2/1783; 2. Wahlperiode 19.08.96

Weiterführende Literatur:

- [18] KWI-Arbeitshefte 1; Frank Berg; Personal in Land und Gemeinden Brandenburgs; Problemstellungen und Datenanalysen (gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung); Kommunalwissenschaftliches Institut der Universität Potsdam 2001
- [19] „Bildung und Kultur“ Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2001; Fachserie 11 / Reihe 4.3.2, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2003

- [20] „Die Ökonomischen Effekte der Hochschulausgaben des Landes Sachsen-Anhalt, Teil I: Direkte monetäre Effekte der Otto-von-Guericke-Universität und der Hochschule Magdeburg Stendal (FH)“; Ulf Rosner und Joachim Weimann, Otto-von-Guericke-Universität, Mai 2003
- [21] „Zukunftsorientierte Finanzpolitik bis 2020“, JENS BULLERJAHN, RÜDIGER ERBEN; Herausgeber: SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt, 2006
- [22] „Bildungspolitik gestalten – aber nicht mit dem Rotstift“; GEW-Information 13.11.2006; Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt; Magdeburg, November 2006
- [23] „Personal an den Hochschulen insgesamt“ (2003, 2004, 2005) Statistisches Bundesamt Deutschland 2006 (<http://www.destatis.de.../daten/stba/d/biwiku/hochtab7.php>)
- [24] Grund- und Strukturdaten 2001 / 2002; Bundesministerium für Bildung und Forschung, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Bonn 2002
- [25] Arbeitsbedingungen driften auseinander – Folgen der Föderalismusreform; Beamtenpolitik, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft 11/2006
- [26] Mittelfristige Finanzplanung des Landes Sachsen-Anhalt 2001 bis 2005; Ministerium der Finanzen Sachsen-Anhalt
- [27] Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt; Jahresbericht 1998, Teil 1
- [28] Statistische Berichte; Personal an Hochschulen; Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Stand 01.12.1996
- [29] Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung „Personalausstattung bei den Hochschulen des Landes“ Abgeordneter Jens Bullerjahn (Drucksache KA/6465, ausgegeben am 18.09.2003)
- [30] „Hochschulen in Sachsen-Anhalt Wintersemester 2000/01;2001/02;2002/03“ Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; (Veröffentlichungen/Faltblätter/ Hochschulen in Sachsen-Anhalt - Wintersemester 2004/05)
- [31] „Hochschulen in Sachsen-Anhalt Wintersemester 2002/03;2003/04;2004/05“ Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; (Veröffentlichungen/Faltblätter/ Hochschulen in Sachsen-Anhalt - Wintersemester 2004/05) <http://www.stala.sachsen-anhalt.de>
- [32] Stellenbestand am 31.12.2004; Ist-Besetzung am 31.12.2004 (Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt); Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung; Drucksache 4/2308 vom 14.07.2005
- [33] „Hochschulen auf einen Blick“ Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006
- [34] Begleitinformation zu den Einzelplänen 06 und 07 sowie Einzelplan 20 – Teil Hochschulbau des Regierungsentwurfs zum Haushaltsplan 1998, 12.09.1997
- [35] Mittelfristige Finanzplanung 1993 bis 1997 für das Land Sachsen-Anhalt; Ministerium der Finanzen 1993
- [36] Benchmarking-Report Sachsen-Anhalt; Öffentliche Aufgabenerfüllung im Ländervergleich; erarbeitet im Auftrag des Finanzministeriums des Landes Sachsen-Anhalt; Juli 2002

Anlage:

Tabelle 25: Zuschüsse an die Hochschulen in Sachsen-Anhalt 1996 bis 2007 (Werte in DM wurden in € umgerechnet)

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
MLU	142.441.112	118.000.031	131.929.564	122.651.355	122.999.698	123.917.928	121.461.600	122.151.700	107.703.700	113.451.300	123.470.800	121.469.100
Med. MLU	51.155.878	48.996.743	48.991.630	43.903.100	42.751.671	43.942.981	46.167.100	46.811.900	45.975.400	49.708.600	50.591.000	49.987.900
HS f. Kunst	10.836.576	10.332.902	11.895.359	11.396.389	10.987.407	11.015.782	11.712.200	11.843.200	10.456.700	11.141.400	11.948.100	11.770.200
Med. OvG	47.840.303	44.956.924	44.959.991	40.324.057	39.172.627	40.420.180	43.420.200	44.413.700	43.768.100	46.769.200	47.984.000	47.459.500
OvG	71.803.684	65.125.343	71.573.092	65.120.793	66.598.580	67.817.756	73.322.400	75.011.800	66.146.300	68.374.000	74.571.300	73.262.100
HS MD Stendal (MD)	17.916.690	19.564.891	17.879.877	16.239.755	16.699.253	18.815.541	20.888.200	19.897.100	19.433.100	20.555.700	22.043.700	22.267.600
HS Anhalt	27.896.903	28.701.216	28.143.755	26.644.698	27.514.610	28.215.334	29.608.200	29.383.500	25.975.200	27.701.500	29.635.900	29.005.100
HS Harz	7.120.915	8.012.148	6.546.070	6.643.420	9.545.410	11.393.116	11.909.700	12.077.700	10.669.600	11.832.500	12.672.300	12.408.700
HS Merseburg	18.501.864	19.044.856	19.166.799	17.170.562	15.585.966	15.755.051	16.193.400	15.969.000	14.143.400	14.929.600	16.001.700	15.199.500
HS MD Stendal (Stendal)	1.173.671	1.097.897	1.731.132	1.955.538	1.919.748	980.862	2.025.200	1.894.100	0	0	0	0
	396.687.596	363.832.951	382.817.269	352.049.667	353.774.970	362.274.531	376.708.200	379.453.700	344.271.500	364.463.800	388.918.800	382.829.700

Tabelle 26: Ausgaben für Hochschulen, aufgeschlüsselt nach Hochschultypen 2006, Vergleich der Bundesländer (Flächenländer)

Bundesland	Einwohner	Ausgaben 2006						
	2005	Gesamt (€)	Hochschulen	davon	Hochschul-	Verwaltungs-	Fachhoch-	Kunst-
				Universitäten	kliniken	fachhochschulen	schulen	hochschulen
Baden-Württemberg	10.735.000	31.806.250.300	2.795.376.800	1.351.338.700	583.449.300	20.924.300	300.909.400	-----
Bayern	12.469.000	35.141.900.000	3.010.500.000	1.822.800.000	636.100.000	-----	299.100.000	85.000.000
Brandenburg	2.559.000	10.047.293.100	283.447.000	171.545.000	-----	-----	68.867.000	10.547.000
Hessen	6.092.000	22.225.236.500	1.713.195.000	1.160.727.800	75.100.000	22.193.500	210.989.100	15.686.300
Mecklenburg-Vorpommern	1.707.000	7.013.233.800	384.534.300	215.443.200	81.366.300	-----	51.624.800	4.396.800
Niedersachsen	7.994.000	22.173.099.000	1.816.201.000	1.031.875.000	297.391.000	13.732.000	236.254.000	30.467.000
Nordrhein-Westfalen	18.058.000	48.427.548.000	4.151.700.000	2.448.800.000	904.100.000	42.400.000	507.400.000	83.100.000
Rheinland-Pfalz	4.059.000	11.578.500.000	758.996.000	424.357.000	88.806.000	6.939.000	124.402.000	-----
Saarland	1.050.000	3.309.831.000	261.700.000	173.700.000	35.600.000	1.500.000	16.900.000	6.700.000
Sachsen	4.274.000	15.775.200.000	1.167.900.000	700.300.000	197.600.000	11.100.000	148.600.000	43.300.000
Sachsen-Anhalt	2.470.000	9.933.674.500	534.025.000	237.872.000	130.149.000	161.000	81.880.000	12.914.000
Schleswig-Holstein	2.833.000	10.733.385.800	493.574.600	199.222.800	166.760.700	653.500	63.502.800	10.161.300
Thüringen	2.335.000	9.325.193.200	503.722.000	269.251.000	107.002.000	1.466.000	73.659.000	10.869.000